

SOZIAL

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.
Der Courier ist in die Postzustellungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 3-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 45.

Berlin, den 7. November 1909.

13. Jahrg.

Ueber den Umgang mit — jugendlichen Kollegen.

Motto: „Was du nicht willst, daß dir geschehe,
Das füg' auch keinem andern zu!“

Es gab eine Zeit, wo der „Herr“ mit der Peitsche hinter seinem „Knechte“ stand und ihn mit Rat und „Tat“, d. h. durch Schläge zur Arbeit „ermunterte“, um so „erziehend“ auf ihn einzuwirken und einen „brauchbaren Menschen“ aus ihm zu machen. Die Schläge fielen häufig hagel dicht, wohin sie trafen, ins Gesicht, auf die Arme usw. Genügte die Peitsche noch nicht, so halfen evtl. die Fäuste und die Füße mit, aus dem Gesicht und Körper des Unglücklichen eine „blaugrüne Landkarte“ zu machen. Wenn es hochkam, so hielt besagter „Knecht“ die Arme schützend vor's Gesicht, ein unaufhörliches: „Bitte, gnädiger Herr!“ wimmernd.

Mit Entrüstung und moralischem Ekel wenden wir uns von einem derartigen, widerlichen Mißbrauch der „Macht-Menschen“, andererseits über die grenzenlose Feigheit und den Mangel an Menschenwürde bei dem Gemißhandelten. Sollte er sich nicht, wenn er noch einen Funken von Ehrgefühl besaß, auf seinen Peiniger stürzen und ihn zu Boden schmettern, daß er das Aufstehen vergaß? Zwar ab und zu kam dies auch vor, aber die Fälle waren zu zählen.

Da muß man sagen, da ist unser Zeitalter denn doch weit humaner. Es prügelt zwar noch der Lehrer in der Schule, die „gnädige Frau“ ihr Dienstmädchen, der Junker in Ostelbien bezw. dessen Inspektor seinen Scharwetter usw., aber im Allgemeinen ist die Aufklärung zu weit vorgeschritten und mit Ausnahme von Nördern, Schwachen oder Feiglingen, dürfte es heute wohl sehr wenig moderne Menschen geben, die von Arbeitgebern, Vorgesetzten u. a. eine derartige schmachvolle Behandlung stillschweigend ertragen.

Dagegen macht sich auch noch in der Jetztzeit eine andere Erscheinung unangenehm bemerkbar und man könnte fast daran verzweifeln, ob sie jemals ganz ausgerottet werden wird: das unkollegiale Verhalten, der Dünkel, die Ueberhebung, die Schuhrriegelei und ab und zu die Rohheit, welche im Verhalten Älterer gegen Jüngere — seien sie nun Arbeits-, Leidens-, überhaupt Schicksalsgenossen — zu Tage treten!

Wer hätte nichts von der Mißhandlung der Rekruten, die die älteren Jahrgänge, die sog. „alten Leute“, sich erlauben, gehört? Wer wüßte nicht, wie da zusammengedrehte Handtücher, Klopffeitschen usw. ein beliebtes „Erziehungsmittel“ bilden, ganz zu schweigen von noch schlimmeren Drängsälterungen der jungen Träger des bunten Rocks durch ihre älteren Kameraden! Allerdings „Kameraden“ in Anführungsstrichen! Genau gleichartige Dinge hört man aus Kadettenanstalten, Militärwaisenhäusern, ja selbst die übrigen Erziehungsanstalten machen hier selten eine rühmliche Ausnahme. Da gibt es beispielsweise in Präparandenanstalten und Seminaren „Massenwickel“ oder „Budenfänge“ und wie die „fachmännischen Ausdrücke“ alle heißen.

Aus dem Angeführten weht noch immer ein gewisser reaktionärer Geist, der sich von dem Althergebrachten nicht zu trennen vermag und vieles begreiflich erscheinen läßt. Leider aber muß es gesagt werden, daß auch in der Klaffenbewußten, modernen Arbeiterschaft,

die doch bahnbrechend für eine bessere Zukunft wirken soll und von der man es eigentlich kaum erwarten sollte, das Verhalten der erwachsenen den jugendlichen Arbeitskollegen gegenüber oft vieles zu wünschen übrig läßt. Auch das Transportgewerbe ist von diesem Vorwurf nicht ganz ausgenommen!

Hier kurz einige charakteristische Beispiele! Ein 22-jähriger junger Mann wird von einem älteren Kollegen geduzt und nimmt sich gegen diesen, ohne etwas Böses zu denken, dieselbe Freiheit heraus. Da fährt Besagter wütend auf, dreht den Peitschenstiel um und schreit in „stiller Entrüstung“ mit nicht mißzuverstehender Handbewegung: „Ich wer' Dir gleich per Du!“ Berehrteter Kollege, Deine Entrüstung war ganz unnötig! Was dem einen recht ist, ist dem andern billig! Das hättest Du bedenken sollen, ehe Du Dich lächerlich machtest! Du wärest wirklich derselbe geblieben, auch wenn Du Dir das „Du“ hättest gefallen lassen!

Ein bezeichnendes Bild auf die Zustände im Transportgewerbe und auf die eigenartige Auffassung, die manche älteren Kollegen von der Behandlung ihrer jugendlichen Mitarbeiter haben, wird auch folgender Fall: Ein junger Kollege war zur Hilfeleistung und Beaufsichtigung des Fuhrwerks einem Kutscher zugeeilt worden. Eines Tages verrutschten auf dem Wagen einige Kollis, und weil der Mitfahrer das nicht so gleich bemerkte bezw. die Kollis zurechtshob, drehte N. die Peitsche um und verfehlte dem Ahnungslosen ein engerartiges und wichtiges Stieb, daß angeblich die Spuren davon auf dem Rücken des Gezügigten ca. 14 Tage lang in Form eines blaugrünen, breiten Streifens sichtbar waren. Der völlig überraschte Junge war sprachlos vor Wut und Schmerz, machte aber keine Meldung von dem Vorfall, da er glaubte, so etwas würde nicht wieder vorkommen. Er sollte sich aber getäuscht haben. Etwa drei Wochen später befand er sich mit dem Kutscher und dessen beladenem Gefährt auf dem Bahnhof. Er war gerade dabei, sich einen aufgelaugenen Senkel an seinem Schnürstiefel festzubinden, als er plötzlich einen heftigen Schlag ins Genick erhielt und von N. die Worte vernahm: „Du sollst hier anfasseln!“ Jeder vernünftige Mensch wird sich nun sagen, daß ein aufgelaugter Senkel, wenn man beim Heben einer Last darauf tritt, evtl. einen Unglücksfall herbeiführen kann. Der Kutscher aber wollte zunächst durch einen Genickschlag die „Unbotmäßigkeit“ des Jungen korrigieren. Dann, als der empörte Junge sagte, daß er sich beschweren wollte, schlug der Mann kräftig auf ihn los, immer an den Kopf und ins Gesicht, so daß die Nase blutete und das ganze Gesicht anschwellte und die Spuren angeblich noch nach 6 Tagen zu sehen waren!

Bei einer späteren Gegenüberstellung mit dem jugendlichen Mitfahrer konnte der Kutscher die ihm zur Last gelegten Handlungen nicht bestreiten, suchte dieselben aber in einem viel milderen Lichte darzustellen. Der Mitfahrer sei sehr schwer von Begriff, habe sich trotz wiederholter Aufmunterungen und Belehrungen nicht willig gezeigt, ferner auch auf der Fahrt nicht genügend auf das geladene Gut aufgepaßt. So hätte er ihm eines Tages mit dem dünnen Ende des Peitschenstiels einen — „Klaps“ über den Rücken

gegeben. Na, man weiß ja, was Kutscherfäuste für „Klapse“ ausstellen! Auch im zweiten Falle sei er durch die „Trägheit“ des Jungen gereizt worden. Demgegenüber stehen die Angaben anderer Kutscher, welche mit dem jugendlichen Mitfahrer durchaus zufrieden gewesen.

Zunächst eine Frage: Was würde der Betreffende dazu sagen, wenn er so durch den Unternehmer für seine in dessen Augen vorhandene Begriffsstumpfheit, Unwilligkeit und Trägheit bei jeder Gelegenheit mit dem Peitschenstiel oder mit Kopfnüssen traktiert worden wäre? Er würde gewiß den Peitschenstiel umbrehen oder zum mindesten klagen. Weshalb nimmt er sich eine derartige Behandlungsweise also gegen seinen jugendlichen Mitfahrer heraus? Hat denn ein junger Mensch kein Ehrgefühl, oder ist dies die vielgerühmte „Kollegialität“ gegenüber den jugendlichen Arbeitskollegen? Muß denn immer gleich zum Prügelein gegriffen werden? Als ob es keine anderen Mittel gäbe, einen jungen Menschen anzuspornen! Der Kutscher verwendet die Peitsche nicht einmal gegen sein Pferd, sondern spornet es durch bloße freundliche Zurufe zu den schwersten Leistungen an! Ist denn ein junger Kollege nicht mehr wie ein Pferd? Oder meint der eine oder andere vielleicht, weil er selbst in seiner Jugend durch seine Kutscher „Dresche“ bekommen, so müsse er sich jetzt dafür schuldig halten und nun seinerseits auf dem beigegebenen Arbeitsburschen herumhauen? Ist dies eitel gebacht und gehandelt? Kann denn der Junge dafür, daß man selbst einmal einem unvernünftigen Grobian unter die Hände gefallen war?

Die Folgen einer solchen fantosen „Erziehung“ können übrigens nicht ausbleiben. Wundert Euch nicht, wenn die Jungen dann wirklich störrisch werden und ab und zu zur Selbsthilfe greifen! —

Ganz entschieden ist es auch zu verurteilen, was ältere Kollegen manchmal als „Fleiß“ bei ihren Mitfahrern ansehen. Da werden einem Durschen 50 Pf. gegeben und während der Fahrt in der Budike sitzt, muß sein junger Arbeitskollege den Wagen fein säuberlich auf- bezw. abladen! „Natürlich“, sagen dann die anderen Kollegen, „der läßt seine Arbeit von dem Jungen machen, darum ist er auch so dickel!“ Die betr. Erwachsenen müßten sich die Augen aus dem Kopf schämen, daß ihnen so etwas nachgesagt werden kann. Es gehört gewiß eine starke Dosis unsozialer Empfinden dazu, die eigene schwere Arbeit auf viel schwächere Schultern abzuwälzen. Wenn aber dem Kutscher die 50 Pf. als ausreichende Entschädigung für seinen Mitfahrer erscheinen, warum strebt er dann selbst nach höheren Löhnen??

Erfahrungsgemäß gehören solche Leute, die heute noch ihre Mitarbeiter in fälschlicher Weise erziehen wollen, die das Verfehrte ihrer Methode absolut nicht einsehen können, nur mehr zu den Seltenheiten; sie sind dank der Einwirkung der gewerkschaftlichen Organisation bereits Ausnahmen geworden. Aber auch diese Ausnahmen müssen verschwinden. Wir können in unseren Reihen, deren Zusammenhalt auf der gegenseitigen Solidarität basiert nicht Leute dulden, die ihre eigenen Mitarbeiter schlechter als das liebe Vieh behandeln. Es muß solchen „Schlägern“ für die

Zukunft eine Warnungstafel angeheftet werden, die schon von weitem kündigt, welche Geisteskinder ihr Träger ist.

Was jeden sozial fühlenden Menschen tief ergreifen und empören muß, das ist die überaus lange, fast unbeschränkte Arbeitszeit der Arbeiter im Transportgewerbe, in unserem sogenannten „Zeitalter der Arbeiterfürsorge“. Oft geht's morgens schon vor 6 Uhr los und nachts um 9, 10, 11 Uhr ist's zu Ende. Ja, es kommt in der Reisezeit vor, daß bis nachts 2, 3 Uhr zu tun ist. Dann ein paar Stunden vor Uebermüdung dumpfen Schlafes — und es geht weiter — unter Umständen auch des Sonntags! Nur vorantzte, ihre einseitigen Interessen hochhaltende Arbeitgeber können darum das Streben der modernen Arbeiterchaft nach Verkürzung der Arbeitszeit nicht verstehen. Aber es berührt mehr als eigentümlich, wenn die unter dieser Frohnseuffenden älteren Kollegen es dann noch übers Herz bringen können, ihrem jugendlichen Mitarbeiter häufig unnötig die Arbeitszeit zu verlängern! Es zeigt auch hier von einem bedenklichen Mangel an sozialem Gefühl, wenn man derartiges seinen Mitarbeitern zu bieten wagt, der zwar an Jahren zurück, aber an Verstand bedeutend „über“ sein kann.

Wenden wir uns auf das Gesagte kurz zurück, so ergibt sich daraus folgendes: Es kann nicht genug empfohlen werden, jede Mißhandlung jugendlicher Arbeitskollegen zu unterlassen. Wir wollen hier nicht den reaktionären Zopf in der bürgerlichen Gesellschaft zum „Nachahmenswerten Vorbild“ nehmen, sondern uns stets dessen bewußt bleiben, daß wir als moderne Arbeiter mit allen mittelalterlichen „Sitten und Gebräuchen“, die nun einmal nicht mehr in unsere aufgeklärte Zeit passen, brechen müssen.

Wir wollen vor allem die Kollegialität und Solidarität auch den jugendlichen Kollegen gegenüber hochhalten und stets daran denken, daß eine Hand die andere wäscht, daß eine Zeit kommen kann, wo wir der Hilfe der jungen Arbeitsbrüder nicht entbehren können!

Ob jung oder alt, wir alle gehören zur großen Arbeiterklasse, die ihren Kampf nur siegreich führen kann, wenn die Einzelnen untereinander sich gegenseitig als Brüder behandeln.

So soll es nicht nur, nein, so muß es sein.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Chauffeurberuf.

II.

Nach unseren Informationen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Chauffeure bei den großen Auto-Droschen-Gesellschaften, kann man die in den Düsseldorf-Betrieben als die aller-rückständigsten und rigorossten bezeichnen. Um für die Nachwelt diese Zustände festzustellen, bringen wir im nachfolgenden einen Arbeitsvertrag der dortigen „Debag“:

„Vertrag.“

Zwischen der Firma Düsseldorf-Elektromobil-Werks-Gesellschaft, Düsseldorf und folgenden Chauffeuren wurde heute folgender Vertrag geschlossen:

Der Chauffeur übernimmt mit dem Chauffeur zusammen die Leitung und Wartung einer Elektromobil-Drosche und sind die beiden für den tadellosen Betrieb des Wagens verantwortlich. Ebenso haben die beiden für einen guten Buhzustand des Wagens Sorge zu tragen und die von der Betriebsleitung, je nach Gutbefund angeordneten Puhstunden streng inne zu halten.

Die beiden Chauffeure haben sich in dem Betrieb, der auf 24 Stunden pro Tag festgesetzt ist, nach Uebereinkommen zu teilen, doch hat die Leitung stets das Recht, hierüber anderweitig zu verfügen. Länger wie 12 Stunden darf jedoch keiner fahren.

Für den guten Zustand des Wagens und der Pneumatik haben die Chauffeure. Schäden, welche durch Fahrlässigkeit der Chauffeure verursacht sind, haben dieselben selbst zu tragen und für die Kosten aufzukommen.

Die Firma ist berechtigt, von der Kaution abzuziehen, jedwede Ausbesserung oder durch sonstige Nachlässigkeit der Chauffeure entstandenen Schaden, gleich welcher Art, insbesondere aber, wenn der Wagen nicht richtig gewaschen oder rein gehalten wird, oder falls durch nicht genügende Welen die Räder zc. leiden. Wenn der Fahrer bei einem Reifendefekt, entstanden durch einen Nagel, Glas zc. ohne Luft weiter fährt, statt einen neuen Schlauch einzuziehen, so wird derselbe für den Schaden haftbar gemacht. Sollten die Motore durch nicht rechtzeitigen Wechsel der Kohlen leiden, oder die Schutzbleche und Paternen durch die Nachlässigkeit der Fahrer beschädigt werden, so müssen sie auch für diese Schäden voll und ganz aufkommen.

Jeder Chauffeur erhält einen Wochenlohn von 12,50 Mk. und 10 pCt. seiner Einnahme.

Die Haftpflichtversicherung für alle vorkommenden Fälle schließt die Debag für alle Wagen ab. Die Kosten derselben tragen jedoch die Chauffeure und werden die ersteren in wöchentlichen Raten mit 1,50 Mk. pro Chauffeur abgehalten.

Jeder Chauffeur hinterlegt als Sicherheit eine Kaution von 300 Mk., welche der Firma verfällt, falls der Chauffeur seinen oben erwähnten Verpflichtungen nicht nachkommt. Die Kaution wird, falls dieselbe nicht sofort hinterlegt werden kann, in wöchentlichen Raten von 1,50 Mk. von der Provision in Abzug gebracht. Die Kaution wird bei der städtischen Sparkasse hinterlegt und sind die Zinsen zu Gunsten der Chauffeure.

Dieser Vertrag kann von Seiten der Chauffeure nur mit sechs Wochen Kündigungsfrist gekündigt werden.

Die Firma ist jedoch mit einem Neugeld von 10,— Mk. berechtigt, die Chauffeure sofort zu entlassen, falls dieselbe mit ihren Leistungen oder Führung aus irgend einem Grunde nicht zufrieden ist. Hierunter fällt ganz besonders irgend eine Klage seitens des Publikums, oder der Polizei wegen ungebührlichen Benehmens, Anschlag der falschen Lage oder gar keinen Anschlag der Tage zc. Sämtliche Fahrten müssen nach Beendigung in ein Kontrollbuch, welches geliefert wird, eingetragen werden und zwar mit Uhrzeit der Strecke, sowie Rückfahrzeit unter Angabe der besetzten und ungefahrenen Kilometer und zwar so, daß der Revolverklare Ueberblick hat. Fahrten ohne Tagemeßanzschlag über die Stadtgrenzen hinaus dürfen unter keinen Umständen gemacht werden. Das Rauchen ist streng untersagt, sowie der Fahrer den Wagen besteigt, gleichviel, ob derselbe besetzt oder frei ist.

Anzüge wie auch Mäntel werden geliefert, doch sind dieselben in tadelloser Sauberkeit, sowie ohne Risse zc. zu erhalten, andernfalls die Direktion die Berechtigung hat, dieselbe von der Kaution wieder in Stand setzen zu lassen, resp. durch neue Anzüge zu ersetzen, falls dieselben in fahrlässiger Weise ruiniert sind. Verlorene Teile, gleich welcher Art, werden von der Kaution abgehalten und neu beschafft.

Trunkenheit im Dienst, sowie Unentschuldigung in den Wirtschaften, berechtigt die Firma zur sofortigen Entlassung der Betroffenen; ebenso darf der Wagen auch sonst nicht allein auf der Straße gelassen werden.

Die von der Direktion angewiesenen Halteplätze sind von den jeweiligen Wagenführern inne zu halten und dürfen die Haltestellen nur mit Genehmigung der Leitung gewechselt werden.

Die Haltestellen sind: Hauptbahnhof, Graf Adolphplatz, Schadowplatz, Königsallee- und Dazarstraße-Ecke, Jacobistr.

Düsseldorf, den 1. Dezember 1908.

Pflichten, nichts als Pflichten und Strafen, wie etwa im Zuchthause. Sogar beim Militär gibt es einen Beschäftigten. Ein Chauffeur bei der Düsseldorf-Droschengeellschaft hat dies nicht; er ist der Willkür irgend eines Menschen, welcher zufällig das Glück hat, wenn vielleicht auch nur auf kurze Zeit, Betriebsleiter zu sein, vollständig ausgeliefert.

Die organisierte Arbeiterschaft hat sich heute schon zum größten Teil dahin durchgerungen, daß in den Betrieben die Arbeitsverträge zwischen den Arbeitgebern und der Arbeiterorganisation abgeschlossen werden. — Ein Arbeiterausschuß oder die Vertrauensmänner der Arbeiter in den Betrieben, wachen über etwaige Uebergriffe der Arbeitgeber, und viele Differenzen werden auf diese Weise in Frieden geschlichtet. Bei den Chauffeuren in obigen Betrieben ist es leider anders. Jeder für sich unterschreibt seinen Vertrag mit der Firma, und jeder einzelne ist dafür verantwortlich. Das ist für die Firma allein profitabel. Die Chauffeure machen sich durch Einzelverträge machtlos und zu Sklaven, sie sind bei der von dem Arbeitgeber vorgesehene 6 wöchentlichen Kündigungsfrist nie imstande, gegen Ungerechtigkeiten gemeinsam vorzugehen. Es wird auf diese Art unter den Kollegen ein widriges Schmarobertum großgezogen, wobei einzelne Personen alle Paragraphen des Vertrages bei jeder Gelegenheit zu fühlen bekommen, aber Liebesbriener und Schmarober frei ausgehen.

So wie es hier bei den Düsseldorf-Chauffeuren festgelegt ist, wie sie sich durch diese tristen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu Heloten herabwürdigen, so in ähnlicher Weise steht es überall dort aus, wo die Kollegen ihre Interessen gebenden in den sogenannten kleinen Chauffeur-Vereinen zu vertreten. In den Orten, wo sich die Chauffeure ihrer wahren Berufsorganisation, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, anschließen, sind solche Verhältnisse nicht möglich; dort wissen die Kollegen, daß sie als Menschen auf der Welt sind und kämpfen freudig um die ihnen zustehenden Rechte. Darum hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband all Ihr Chauffeure, denen der Arbeitgeber bis jetzt das Recht des freien Arbeiters nicht werden ließ.

Aus unserem Beruf.

Automobilführer.

Berlin. Was sich die Chauffeure der Kaufhäuser Jandorf u. Co. alles bieten lassen müssen, geht aus folgendem hervor. In diesem Betriebe werden die Chauffeure nicht alt und die Garage in der Lindenwalderstraße kommt in letzter Zeit einem Taubenstich gleich. Der dort regierende Inspektor Dinsky ist ein Virtuoso in der Behandlung der Kollegen. Seine Umgangsformen mit Untergebenen kommen denen eines Gutsinspektors auf einem polnischem Edelgute gleich. Von „Kuniges Umgang mit Menschen“ scheint der gute Mann keine Ahnung zu haben. Kollegen, die diesen Betrieb mit heiler Haut verlassen, erzählen uns von dort die haarsträubendsten Sachen. Schon früh 7 Uhr, wenn die Arbeitszeit beginnt, erhalten diejenigen Kollegen, welche auch nur wenige Minuten zu spät kommen, eine Epistel aus dem Dinsky'schen Schimpfregister, welches ungefähr in folgenden Anreden geschieht: „Wo kommen Sie her, Sie Pimp, Sie Lämmer, Sie Stroch, Sie Ludewig zc., wo haben Sie wieder rumgeh—, gepennt, geoffen zc.“ Diese Redensarten brüllt der „gebildete“ Betriebsleiter in seiner heimatlichen Art so laut, daß sie auch das in der Hochbahn vorüberfahrende Publikum hören könnte. Auch auf die verheirateten und älteren Kollegen nimmt dieser im Jandorf'schen Betriebe geschulte Inspektor keine Rücksicht. Ja, es geht noch weiter. Dieser Mann wirft und schlägt bei geringen Anlässen auf die Kollegen ein, wie ein Hasenber. So warf er in einem Falle mit einem zusammengegerollten Gummischläuch nach einem Kollegen. Den Benzinfüller warf der Herr für ein Versehen mit dem abgeregneten unteren Ende des großen Benzintrichters. Einem andern Kollegen, dem eine Klappe etwas geräuschvoll zufließ, schlug dieser Herr mit der geballten Faust unter's Kinn. Nachdem ihm der Geschlagene im Bureau zur Rede stellen wollte, wurde dieser von D. unter Schimpfworten zur Litr hinausgeworfen. Dies ist zu gleicher Zeit ungefähr das Ende einer Beschwerde in der Garage Jandorf u. Co. Auch die Art, wie in Abwesenheit der Fahrer die Spinden revidiert werden, grenzt an Unverschämtheit. Als ein Fahrer eines Tages von der Tour zurückkommend sein Spindschloß geöffnet fand und sich darüber beschwerte, gab Inspektor D. zur Antwort: „Nanu, ich habe doch heute keine Revision abgehalten.“ Leider ist es eine Tatsache, daß die übrigen Arbeiter im Betriebe, wie die Wagenwäscher, Buger, der Portier Mesau und der Hofschlosser dem Dinsky Schmaroberdienste leisten, indem sie jede, auch die kleinste Veranlassung dazu benutzen, die Chauffeure bei diesem Inspektor anzuschwärzen. Das ist eine Frucht des gelben Jandorfvereins, dem oben erwähnte Arbeiter angehören, die Chauffeure aber nicht. — Im Betriebe ist unter anderem eine Schlosserei mit einem Schlossergesellen und vier Lehrlingen, welche die vorkommenden Reparaturen an den Wagen usw. auszuführen haben. Wie diese Reparaturen bei der hervorragenden Lehrlingsarbeit ausgeführt werden, davon können die Chauffeure auf ihren Touren ein Lied singen. Auch das Werkzeug, welches jedem Wagen beigegeben, ist sehr mangelhaft, so daß sich die Chauffeure unterwegs sehr schwer behelfen können und unter diesen Umständen noch obendrein in den Verdacht der Dummheit geraten resp. entlassen werden, wie es erst kürzlich wieder einem Kollegen ergangen ist. Allerding's spielte hierbei auch die Arbeitszeit eine große Rolle. Daß dieselbe früh 7 Uhr pünktlich beginnt, dafür sorgt, wie oben erwähnt, Herr Inspektor Dinsky in seiner Weise. Wann sie aber zu Ende ist, danach fragt niemand im Betriebe. So müssen z. B. die Fahrer der Staditour bis abends 9 auch 10 Uhr fahren. Bei den Vorortfahrern wird es auch 12 Uhr, ehe sie nach Hause kommen. Sehr zur Weihnachtszeit wird die Arbeitszeit noch länger ausgedehnt. Bei der Ausnutzung der Arbeitskraft der Chauffeure überbieten sich wiederum die einzelnen Vorgesetzten in ihren Leistungen. An der Spitze dieser steht der Leiter Wiese in der Filiale Brunnenstraße, ebenso der vom arbeitswilligen Hausdiener zum Expedienten beförderte Zilla in der Filiale Große Frankfurterstr. Was die Chauffeure leisten müssen, wenn sie für die Filiale Brunnenstraße fahren, dafür ein drastisches Beispiel von einem Kollegen, welcher, nachdem er erst acht Tage krank war, gleich bei Wiederaufnahme der Arbeit die betreffende schwere Tour zu fahren bekam. Er war vormittag 11 Uhr mit seinem Wagen fertig zur Abfahrt. Nachdem er ca. 30 Stadtkommissionen erledigt hatte, mußte er nach 1/2 stündiger Mittagspause noch die ca. 140 Kilometer lange Tour bis nach Wandlitz abfahren. Nachts 12 Uhr erlitt der Kollege in Badorf an seinem Wagen einen Schlauchdefekt, dem ein Außenhahn durch einen Motordefekt folgte, so daß er glücklich nachts 2 Uhr bis zur Brenzlauer Allee Ecke Uckermarkstraße gelangte, wo es dann mit dem Benzin zu Ende war und der Wagen unter Bewachung des ihm begleitenden Schaffners bis zum Morgen stehen bleiben mußte. Der Chauffeur, übermüdet von der übermenschlichen Arbeit, ging nach seiner über eine Stunde entfernt liegenden Wohnung, wo er dann begreiflicherweise die Zeit verschleifte, wollte er mit der Entlassung befreit wurde. Beschwerte sich ein Kollege über irgend etwas, bei dem Betriebsinspektor D a l l h. dem die Chauffeure unterstellt sind, so werden dieselben mit den Worten abgefertigt: „Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie gehen.“

Nieht man die Arbeitszeit der Chauffeure im Vergleich, welche gewöhnlich 14—17 Stunden dauert — allerdings mit Unterbrechung durch eine zweistündige Mittagspause, welche aber meistens unterwegs abgehalten werden muß, so ist demgegenüber die Bezahlung geradezu eine erbärmliche. Unverheiratete Chauffeure erhalten einen Anfangslohn von 25 Mk., ver-

heiratete 27 Mt. Hierzu erhalten die Stadtkurenfahrer pro Woche 3 Mt., die Ueberlandkurenfahrer 5 Mt., wobei jedoch die einzelnen Tage nach Gutdünken der Betriebsleitung berechnet werden. Zu erwähnen ist hierbei, daß die Chauffeure meistens gehalten sind, ihre Maßzeiten unterwegs einzunehmen.

Nach alledem wird es nun wirklich Zeit, daß sich alle in diesen Betrieben beschäftigten Kollegen ihrer Organisation erinnern, damit einem derartigen Warenhaufe, welches auf die Arbeiterkundschaft angewiesen ist, beigebracht wird, wie Arbeiter bezahlt und behandelt werden müssen.

Bierfahrer.

Wentzen (D.-Schl.). Die hiesigen Polizeibeamten wollen angeblich überanstrengt sein; uns dünkt das nicht der Fall, wenn wir Nachstehendes näher betrachten:

Der Bierkutscher H. hatte wegen Uebertretung der Strafvorschrift ein Strafmandat über 6 Mt. erhalten. Er erhob hiergegen Einspruch und am 20. Oktober fand vor dem Schöffengericht die Verhandlung statt.

Die Anklage behauptet, H. sei am 2. August, abends 8 Uhr, in scharfem Trab und mitten auf der Straße von der Donnersmarktstr. die Wilhelmstraße entlang gefahren. Der Angeklagte bestreitet ganz entschieden, an diesem Tage dort draußen gefahren zu sein. Er habe dort nur einen Kunden, dessen Bücher würden seine Aussage beweisen. Im übrigen behauptet der Angeklagte, niemals so, wie die Anklage sagt, sondern von der Wilhelmstraße nach der Donnersmarktstraße gefahren zu sein.

Der Zeuge Polizeibeamter Beschinnowski sagte unter seinem Eide aus: Der Angeklagte sei so, wie in der Anklage siehe, gefahren. Er sei am 2. August in Zivil gewesen und mit seiner Frau spazieren gegangen. Den Tag habe er sich genau gemerkt, da er sich den Vorfall gleich im Notizbuch vermerkt habe. Der Herr Vorsitzende fragte den Zeugen, warum er die Anklage erst am 17. August erstattet habe. Die Erwiderung war, daß er 8 Tage krank gewesen sei.

Das Gericht ermäßigte die Strafe auf 3 Mt. Der Herr Vorsitzende führte unter anderem an: Der Angeklagte mache einen sehr guten Eindruck; er bestreite wohl, an diesem (2. August) dort gefahren zu sein, es könnte demnach aber an einem anderen Tage gewesen sein.

Der Polizeibeamte behauptet, der Vorfall habe sich am 2. August zugetragen. Der Angeklagte bestreitet es. Das Gericht nimmt an, daß die Uebertretung eventuell auch an einem anderen Tage geschehen sein kann.

Der Polizeibeamte sagt aus, am Ende der Wilhelmstraße spielten eine Anzahl Kinder, als der Angeklagte in scharfem Trab angefahren kam. Wie denn aber, wenn hier ein Unglück geschehen wäre? Wenn ein Irrtum in Bezug auf den Tag vorläge und ein anderer Kutscher hier gefahren wäre? Der Angeklagte wäre dann für ein Unglück verantwortlich gemacht worden, daß er gar nicht verschuldet hätte.

Der Zeuge sagt ferner aus: Der Angeklagte wäre mitten auf der Straße gefahren. Die Straße ist an und für sich sehr schmal. An beiden Seiten der Straße sind immer in kurzen Abständen von einander erhebliche Vertiefungen, die Abflüsse für die Kanalisation. Der Bierkutscher wird gar nicht anders können, als in der Mitte der Straße zu fahren, will er nicht Gefahr laufen, daß ihm die Bierfässer vom Wagen fallen.

Die Beamten haben einen schweren und langen Dienst; die Arbeit der Bierkutscher ist noch anstrengender und länger; läge es nicht im Interesse der Beamten, dies zu würdigen? Wäre es nicht besser, wenn bei vorkommenden Fällen die Kutscher vorher gewarnt werden? Die Kutscher werden gewiß den Wünschen der Beamten nachkommen und die Uebertretung wäre vermieden.

Leipzig. Die Faß- und Flaschenbierarbeiter hielten am Sonntag, den 24. Oktober eine stark besuchte Versammlung ab, in welcher zu den Entlassungen unserer Verbandskollegen in den Leipziger Brauereien Stellung genommen und Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen mit dem Brauereiverein gegeben wurde. Der Bevollmächtigte setzte eingangs seiner Ausführungen in scharfen Worten die vom Schnapsblock des Reichstags betriebene Zollpolitik, wodurch das Volk eine halbe Milliarde neue Steuern aufgebracht erhielt und dadurch wichtige Lebens- und Genussmittel in unverschämter Weise verteuert wurden.

Die Folgen dieser ungerechten Steuerpolitik treffen jene Arbeiter am meisten, welche in der besteuerten Industrie beschäftigt sind. Sehr deutlich zeigt sich dies bei der Tabakindustrie, wo Tausende von Arbeitern brotlos sind. Ähnlich liegen die Dinge auch in der Bierindustrie. Die Malzsteuererhöhung, die am 1. August in Kraft trat, verursachte eine weitere Verteerung des Bieres, wodurch in zahlreichen Städten Deutschlands Bierkriege entbrannten und die Konsumenten sich wehrten, den erhöhten Preis zu zahlen.

In Leipzig spielt dieser Kampf sich zwischen Brauerei und Wirten ab, weil letztere glauben, im eigenen und im Interesse der Biertrinker den geforderten Preiszuschlag nicht zahlen zu können. Wenn ursprünglich es den Anschein gewann, daß der hervorgerufene Kampf von allzu langer Dauer nicht sein würde, so muß heute gerade das Gegenteil konstatiert werden. Dadurch war die Hoffnung geschwunden, daß die Erhöhung der Malzsteuer ohne großen schädlichen Einfluß auf das Arbeitsverhältnis der in Brauereien beschäftigten Berufskollegen vorüber gehen würde.

Um mit der Wirkung der neuen Steuer unseren Kollegen nicht allzu sehr fühlen zu lassen, wurde mit den Brauereibesitzern ein Abkommen dahingehend geschlossen, daß bis zum 1. Oktober Arbeitskräfte nicht entlassen werden sollten und nach dem 1. Oktober nur dann, wenn der Konsumrückgang 10 bezw. 15 pCt.

betrage. Ehe Entlassungen aber vorgenommen werden, sollte vordem mit der Organisationsleitung eine nochmalige Aussprache stattfinden. Die getroffene Vereinbarung ist mit einer einzigen Ausnahme von den Brauereibesitzern auch eingehalten worden. Am letzten Dienstag fanden nun weitere Verhandlungen mit dem Brauereiverein statt, wo erklärt wurde, der Konsumrückgang betrage gegenwärtig 40-50 pCt. und infolgedessen sei es nicht mehr länger möglich, das gesamte Personal weiter beschäftigen zu können. Heute können wir feststellen, daß eine große Anzahl von Verbandsmitgliedern entlassen sind. Die Organisationsleitung des Transportarbeiterverbandes hat die Interessen der in Brauereien und Bierniederlagen beschäftigten Berufskollegen in wirksamer Weise wahrgenommen. Schon zu Anfang des Bierkrieges wurde in einer Verwaltungsitzung zu dieser Angelegenheit Stellung genommen. Mitte September fanden Verhandlungen mit dem Aktionskomitee und einigen Brauereibesitzern statt, die von der Organisationsleitung angebahnte Vermittlung hatte auch den Erfolg, daß die streitenden Parteien von neuem in Verhandlungen traten. Da bei diesen Verhandlungen eine Einigung nicht erzielt wurde und die Brauereien Entlassungen ankündigten, hielt die Verbandsleitung sich für verpflichtet, die früher vermittelnde Tätigkeit von neuem wieder aufzunehmen. In wiederholten Sitzungen mit den Vertretern der Gastwirte, andererseits auch mit den der Brauereien, gelang es der Tätigkeit der Organisationsleitung, eine Einigung der beiden Parteien herbeizuführen, die hoffentlich von der in Aussicht genommenen Gastwirtsversammlung akzeptiert wird.

Eine andere Taktik in diesem Kampfe einzuschlagen habe die Ortsverwaltung nicht für geboten erachtet, wollte sie die Interessen der Mitglieder wahren, so dürfte sie sich auf keine Seite der streitenden Parteien stellen. Der Kampf, der sich hier abwickelte, war ein Kampf zwischen Groß- und Kleinkapital, der naturgemäß die Proletarisierung des Gastwirtsstandes nach sich zieht. Unsere nächste Aufgabe muß es sein, dahin zu wirken, daß die entlassenen Verbandsmitglieder wieder eingestellt werden.

An die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine längere Diskussion, in welcher bezweifelt wurde, daß der Konsumrückgang in der von den Brauereien angegebenen Höhe eingetreten sei, habe doch vor wenigen Tagen erst eine Notiz in der bürgerlichen Presse gestanden, daß der Konsumrückgang 10 pCt. beim Faß- und 8 pCt. beim Flaschenbier betrage. Diese Notiz ist von den Brauereibesitzern unipropaganda geblieben und wie in solch kurzer Zeit ein betrieblicher Rückgang eintreten könne, sei unverständlich, zumal doch jeder Fahrer konstatieren müsse, daß der Bierumsatz in letzter Zeit sich wieder gehoben habe. Scharf verurteilt wurde, daß einige Brauereien beim Ausschließen von Arbeitskräften nicht dem Abkommen gemäß verfahren sind, sondern Leute entlassen haben, die ein Jahrzehnt im Betrieb beschäftigt waren. Um überhaupt Leute entlassen zu können, wird in einigen Betrieben versucht, die Arbeitszeit des Fahrpersonals zu verlängern. Die Versammlung verpflichtete die Fahrer, dafür zu sorgen, daß so lange die entlassenen Kollegen nicht wieder eingestellt sind, um 6 Uhr abends kein Bierwagen auf den Straßen mehr zu finden ist.

Gastwirt Diebe, der in der Versammlung anwesend war, weist in längeren Ausführungen nach, daß die Gastwirte den Kampf nicht aus Wollust geführt haben. Der Kampf sei kein Angriffskampf, sondern ein Abwehrkampf gewesen. Würden die Gastwirte dazu gezwungen worden sein, 16 Bfg. für das Glas Bier zu nehmen, so stehe ohne weiteres fest, daß ein bedeutender Konsumrückgang eintreten würde, wodurch nicht nur der Konsument und Gastwirt, sondern auch die in der Bierindustrie beschäftigten Arbeiter schwer geschädigt würden. Der Vorsitzende vom Saalkörpersverband, Herr Mosemann, hebt hervor, daß er der Arbeiterbewegung nicht fremd gegenüber stehe, für seine Ueberzeugungen habe er nicht nur gekämpft, sondern auch gelitten. In seiner langjährigen Tätigkeit sei es ihm aber noch nicht vorgekommen, daß ein Gewerkschaftsführer, wie der der Brauereiarbeiter, die Interessen des Großkapitals vertreten habe. Fest stehe so viel, daß den Gastwirten noch ganz andere Mittel zur Führung des Kampfes zur Verfügung ständen, die dazu angetan seien, die Sachlage zu verschärfen. Wenn die Gastwirte von diesem Mittel keinen Gebrauch gemacht haben, so sei dies lediglich dem Vorgehen der Organisationsleitung des Transportarbeiterverbandes zu verdanken.

Kollege Neger gibt bekannt, daß ein genaues Bild über die Zahl der Entlassenen deshalb noch nicht gegeben werden könne, weil die außerhalb wohnenden Kollegen bisher sich im Bureau noch nicht gemeldet haben. Festgestellt ist, daß bei Mebed u. Co., Nau mann, Gohliser Aktien, Vereinsbrauerei, Bauer, Sternburg, Zwenkau, F. A. Ulrich und Gebrüder Ulrich, Arbeitskräfte entlassen sind. In den übrigen Betrieben sind bis heute Entlassungen nicht vorgenommen worden.

Nach Annahme einer Resolution, in welcher die Verammelten die Zollpolitik des Schnapsblocks auf das schärfste verurteilen und worin das Verhalten der Verbandsleitung in dieser Frage gebilligt wird, wurde noch mitgeteilt, daß die Brauereien den Gastwirten gegenüber versprochen haben, von weiteren Entlassungen abzusehen und die Entlassenen wieder einzustellen.

Vom Vorsitzenden wurde noch zum Abonnement auf die „Leipziger Volkszeitung“ sowie zum Anschlusse an die politische Organisation aufgefördert, gleichzeitig wurden die Kollegen ersucht, bei der bevorstehenden Landtagswahl ihre volle Pflicht zu erfüllen. Hierauf erfolgte mit einem kräftigen Appell, in der Agitation nicht zu erlahmen, Schluß der imposanten Versammlung.

Droschkenführer.

Hamburg II. Gemeinschaftliche Mitgliederversammlung am 14. Oktober.

Die Kartellberichte geben Albrecht und Timm über Kartellvermögen, Handhabung des Unterrichts, die Schnaps- und Bierfrage und den Generalstreik in Schweden. Zu letzterem wird den Kollegen besonders ans Herz gelegt, ihre etwaigen Ersparnisse nicht in Sparkassen zur kapitalistischen Ausnutzung, sondern bei der Produktion zu belegen.

Das 3. Quartal schließt bei einer Einnahme von 11531,87 Mt. und einer Ausgabe von 5321,65 Mt. mit einem Kassenbestand von 6210,22 Mt. ab. Die Hauptkasse erhielt 3220,65 Mt., davon 1659,25 Mt. in bar, den Rest in Quittungen.

40 Kollegen waren 730 Tage arbeitslos, davon wurden 497 Tage mit 570,50 Mt. unterstützt. Krank waren 12 Kollegen an 575 Tagen, davon wurden 11 Kollegen an 431 Tagen mit 381,40 Mt. unterstützt.

42 für fest und 31 zur Aushilfe gemeldete Stellen wurden sämtlich besetzt. Versammlungen fanden 6, Sitzungen 26 statt. 38 Schriftstücke wurden im 3. Quartal für die Mitglieder angefertigt.

In Sachen des Mitgliedes R., der einen Kollegen bei dessen agitatorischer Tätigkeit beleidigt haben soll, und dessen Ausschluß beantragt war, wurde eine Kommission von 5 Mitgliedern mit der weiteren Untersuchung der Angelegenheit beauftragt.

Ueber die Bedingungen betreffs Uebernahme der Mitglieder des Lokalvereins entspann sich eine lebhaft debattierte. Die Vorschläge der Ortsverwaltung wurden schließlich gegen 2 Stimmen angenommen.

Scharf kritisiert wurde das Verhalten des Mitgliedes W. Möller, welcher schon zweimal sein Verbandsbuch für Wirtschaftsschulden versetzt hat. Möller, der ebenfalls eingesehen hat, daß ihm der Verband zu solch unwürdiger Benutzung das dritte Mal sein neues Buch ausstellen werde, hat inzwischen seinen Austritt angemeldet.

Der Gastwirt Kramp am Holstenwall, von welchem schon im Versammlungsbericht vom 3. Juni d. J. berichtet wurde, daß derselbe den tarifmäßigen Lohn seinen Hausdienern vor der Tür nicht zahle, hat jetzt erklärt, er wolle sich mit der Unterzeichnung des Tarifes nicht selbst den Totenschein ausstellen. Hierbei werden die Kollegen daran erinnert, daß an der ganzen „an der Mitter“ kein organisierter Hausdiener stehe. Mit je einer Wirtschaft am Zeughausmarkt und Bahnhofspfad Schweden noch Verhandlungen wegen einiger kleinerer Differenzen.

Nach Erledigung einiger Internas erfolgte Schluß der Versammlung.

Fensterputzer.

Berlin. Ein anderer Geist ist es, der jetzt in den Kreisen unserer Kollegen Fensterputzer vorherrscht. Heute sind die Fensterputzer mehr und mehr von dem Geist der Verbrüderung, der Einigkeit durchdrungen, und nicht zu ihrem Schaden. Ueberall dort, wo sich die Kollegen bewußt wurden, daß sie sich zusammenschließen müssen, haben sie durch die Macht der Organisation eine Verbesserung ihrer bisher elenden Lage erreicht. Welcher Geist es ist, der unsere Kollegen besetzt, das zeigte eine am 20. Oktober tagende imposante öffentliche Versammlung der Berliner Fensterputzer. Das Referat hatte der Reichstagsabgeordnete Zubeil übernommen, dessen Worten unsere Kollegen lauslos folgten. Der Redner, der über: „Was uns not tut“ sprach, verstand es meisterhaft, die drückende Lage der Arbeiterklasse an Hand von Beispielen zu schildern. Er zeigte weiter, wie notwendig der Zusammenschluß aller Arbeiter ist, um durch straffe gewerkschaftliche und politische Organisationen die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und die Gleichberechtigung aller Volksschichten anzustreben. Auch auf die Schnapsfrage ging Redner ein und schilderte, daß durch den Schnapsgenuß eine Degeneration Platz greife, die schädigend auf die Interessen der Arbeiterklasse einwirkt. Außerdem aber müsse man vermeiden, den Schnapsjüngern die Taschen zu füllen. Der Resolution des Leipziger Parteitages zu folgen, empfahl Redner dringend. Der Beifall am Schluß des Referats zeigte, welches Interesse unsere Kollegen an den Ausführungen genommen, und daß sie bestrebt sind, im Sinne des Referenten zu handeln. In der Diskussion sprach zunächst Kollege Verbont-Bremen im Sinne des Referenten. Weiter befaßte sich B. mit der Eigenart unserer Unternehmer und unterzog die Taktik derselben einer vernichtenden Kritik. Lambrecht macht sodann Mitteilungen geschäftlicher Art, so über den Streik bei Nellen, der Lohnbewegung bei Braueri zc. Sodann wies Lambrecht auf den am 14. November im Englischen Garten stattfindenden Lichtbildervortrag hin und ersuchte um rege Beteiligung. Dann wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Elberfeld-Barmen. Als Scharfmacher in Miniatur gebärden sich in letzter Zeit die Meister im Fensterputzergewerbe. Sie alle haben nur den einen Willen, die ihnen verhasste Organisation in ihren Betrieben totzuschlagen. Aber weber mit Maßregelungen noch mit Tarifbrüchen sind sie zu ihrem Ziele gelangt. Jetzt haben sie zur Erlangung ihres Zieles einen neuen Plan ausgedacht. Wie der Geschäftsführer Esser, ein ehemaliger Putzer und jetziger Liebling der Unternehmer, von der Firma Quar sen. in schwacher Stunde den Putzern verraten hat, haben die Meister beschlossen, durch Einstellen von Lehrlingen die organisierten Kollegen bis zum Frühjahr nach und nach zu ersetzen. Zu dieser Zeit läuft nämlich der mit uns abgeschlossene Tarif ab und einen neuen wollen die Unternehmer nicht abschließen. Dessen ungeachtet sind sie aber heute schon dabei und versuchen bei der Kundschaft die Preise mit dem Hinweis, daß die Kollegen Putzer im Frühjahr Lohnforderungen stellen wollen, zu erhöhen. Wir werden nicht unterlassen, bei gegebener Zeit die Unternehmer an diese Preiserhöhung zu erinnern.

Somit aber möchten wir ihnen verraten, daß uns ihre Beschlässe vollständig kalt lassen. Die Organisation wird sich durch nichts abhalten lassen, die Interessen der Kollegen Fensterputzer zu vertreten. Der Meister Quaz sen., dessen bessere Ehehälfte, sowie der oben erwähnte unheimliche Herr Esser haben ja auch versucht, die unorganisierten Lehrlinge und Buzer durch ihre Ueberredungskunst von dem Beitritt zur Organisation abzuhalten. Sie haben aber das Gegenteil damit erreicht und wir ersuchen recht höflich, nur in der angelegenen Weise weiter für unseren Verband zu agitieren.

Weiter sind die Meister dabei, die sogenannten Bruchklassen in ihren Betrieben einzuführen. Den Anlaß dazu hat das in der Nr. 19 des Göttinger Weltblättern veröffentlichte Bruchklassen-Musterstatut gegeben. Dies Statut kennzeichnet vorzüglich den Geist, der in den Köpfen der Fensterputzmeister, dieser kleinen Geringelassen, herrscht. Mit allen möglichen Mächten haben die Unternehmer versucht, den hiesigen Kollegen die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Bruchklassen beizubringen. Ja, man ist selbst vor der Unwahrheit nicht zurückgeschreckt. So hat der Herr Quaz sen. den bei ihnen beschäftigten Buzern den Wären aufgebunden er wäre wegen des vielen Bruches, den einzelne Buzer machten, aus der Haftpflichtversicherung herausgeworfen worden. In der gleichen Nr. 19 des Göttinger Weltblättern wird aber ein Versammlungsbericht vom 2. Oktober aus Elberfeld-Barmen bekannt gegeben. Nach diesem Bericht haben sich die Unternehmer mit der Preiserhöhung der Stuttgarter Haftpflichtversicherung befaßt, und da heißt es wörtlich: „Kollege Robert Quaz sen. ist direkt ausgetreten und in die Schweizerische Unfallversicherung Aktiengesellschaft in Winterthur eingetreten.“ Also Herr Quaz sen. hat danach den bei ihm beschäftigten Buzern wissentlich die Unwahrheit gesagt. Wie schlecht muß es doch um eine Sache bestellt sein, wenn man zu solchen Mitteln greifen muß. Und in der Tat, was man da unseren Kollegen zu bieten versucht, ist so schlecht, daß es begreiflich ist, wenn der Unternehmer selbst Angst davor hat, das Ding bei dem richtigen Namen zu nennen. Hier das Muster-Statut.

§ 1. Einzahlung.

Jeder Arbeiter hat wöchentlich 20 Pf. einzuzahlen, welche am Zahltag vom Lohn in Abzug zu bringen sind. Der Arbeitgeber zahlt pro Woche 1 Mk. als Reservefonds.

§ 2. Verwendung.

Alle im Geschäftsbetriebe vorkommenden Bruchschäden sind von der Bruchklasse zu ersetzen.

Am Schluß des Jahres wird das von den Beträgen der Arbeiter noch vorhandene Geld gleichmäßig unter diese verteilt. Die Hälfte des ganzen Reservefonds geht an den Arbeitgeber zurück, der Rest wird auf das nächste Jahr als von den Arbeitern eingezahlter Beitrag übertragen.

Tritt ein Arbeiter aus oder wird er entlassen, so verliert er jeden Anspruch an die eingezahlten Beiträge.

§ 3. Anmeldung.

Jeder von einem Arbeiter verursachte Bruchschaden ist von diesem, wenn möglich, am gleichen Tage, spätestens aber binnen 24 Stunden im Kontor zu melden; andernfalls er die Hälfte der durch die Beseitigung des Schadens erwachsenen Kosten zu tragen hat, welche vom Lohne in Abzug gebracht werden.

§ 4. Verwaltung.

Die Bruchklasse wird vom Arbeitgeber verwaltet und kann von den Arbeitern stets kontrolliert werden. Hierzu nötige Bücher sind von der Klasse zu bestreiten.

Jeder Arbeiter bestätigt sein Einverständnis und seine Kenntnisnahme von den Bestimmungen der Bruchklasse durch Unterschrift.

Unzweifel Worte wollen wir über dies großartige Muster-Statut nicht verlieren. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die vorgesehene Lohnzulage nach § 117 der G.-O. und § 394 des B.-G.-B. unzulässig sind. Der § 2, der die Verwendung regelt, fordert die allerschärfste Kritik heraus. Sämtlicher Bruchschaden soll aus der Kasse gezahlt werden. Da werden zuerst die Beiträge der Arbeiter verwendet. Und da wird es sehr oft vorkommen, daß die Beiträge der Arbeiter am Jahresabschluß verausgabt sind, dagegen der Reservefonds noch vollständig da ist, so daß der Unternehmer zu seinem Gelde kommt, die Arbeiter aber leer ausgehen werden. Aber auch der § 4 spricht Wände von der Unversorentheit der Unternehmer, was sie glauben sich den Buzern gegenüber herausnehmen zu dürfen. Die Kasse kann von den Arbeitern geprüft werden. Wehe aber denjenigen Arbeitern, die von diesem „kann“ Gebrauch machen würden; draußen vor der Tür könnten sie über ihre „Dreißigkeit“ nachdenken. Die ganze Bruchklasse, wie sie das Statut vorstellt, ist nichts anderes, als ein Versuch der Unternehmer, den größten Teil ihrer Geschäftskosten auf die Schultern der Kollegen Buzer abzuwälzen.

Die Kollegen von Elberfeld und Barmen haben in einer gut besuchten Versammlung zu diesem Statut und dem Versuch der Unternehmer, die Klassen hier einzuführen, Stellung genommen und einstimmig beschlossen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Errichtung anzukämpfen. Sie sind der Ansicht, daß, wenn die Unternehmer die alibewährten Arbeitskräfte besser behandeln und nicht aus ihren Betrieben hinausgeekelt würden, sie nicht nötig hätten, derartige Klassen zu errichten. Sie fordern deshalb die gesamte Kollegenschaft auf, einmütig sich gegen die Einführung zu wehren. Wenn alle Kollegen ihre Schuldigkeit tun, wird es leicht sein den Herren Kelterborn und Genossen ihre Schartmacherallüren auszutreiben.

Handelsarbeiter.

Berlin. Die Glas-, Kurzwaren-, Export zc.-Branche hielt am 18. d. M. ihre Jahresversammlung ab. Aus dem Tätigkeitsbericht, den der Branchenleiter gab, ist zu entnehmen, daß eine äußerst eifrige Werbearbeit seitens der Branchenleitung zur Gewinnung der uns noch in ziemlich beträchtlicher Zahl indifferenter gegenüberstehenden Kollegen entfaltet wurde.

Wenngleich im Verlauf des ersten halben Jahres die Wirkung der Krise uns erschwerend in den Weg trat, so wurden doch Mühen und Kosten nicht gescheut, um den Kollegen den Ursprung derselben nachzuweisen und sie für unsere Bestrebungen zu gewinnen. Von der Abhaltung größerer Versammlungen wurde weniger Gebrauch gemacht, nur deren 6 fanden statt, die sich als unbedingte Notwendigkeit erwiesen. So wurde Stellung genommen zur Krankentafel-, Gewerbegerichts- und Landtagswahl; das Hauptgewicht jedoch wurde auf die Kleinagitation gelegt. In 46 Betriebszweigen, die zum größten Teil für solche Betriebe, wo wir überhaupt noch keine Fühlung hatten, abgehalten wurden, gelang es uns, die Anwesenden von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen. Schwere Arbeit kostete es oftmals, die hierzu notwendigen Vorarbeiten, das Auffuchen der in Frage kommenden Kollegen z. B. in ihrer Wohnung, in richtiger Weise zu erledigen. Von einigen Kollegen der Branchenleitung wurde hierin geradezu Außerordentliches geleistet. Der größte Uebelstand ist, daß in manchen Betrieben die Vertrauensleute oftmals allzu früh amtsüßig wurden und ihren Posten niederlegten. Immerhin kann behauptet werden, daß trotz aller Schwäne und der fast prompt eintretenden Maßregelung es bisher nicht gelungen ist, die Organisation zu verbannen. Wir können getroßt sagen, daß der Gedanke des Zusammenhaltens innerhalb unserer Branche marschiert. Der Beweis dafür ist auch durch die in letzter Zeit eingeleiteten Lohnbewegungen gegeben.

Bei der Firma Lindenberg, wo im vergangenen Jahre eine Lohnbewegung geführt wurde, bei der es nicht gelang, einen Tarif abzuschließen, ist auch jetzt wieder die den Verbandsvertretern zugelegte Lohnzulage allgemein prompt erfolgt. Ein Ansporn für die Kollegen, den Gedanken der Organisation nicht fallen zu lassen. Seine anregende Diskussion folgte diesem Berichte. Einerseits einestells und Enttäuschung erregten die Mitteilungen eines Kollegen, daß in einem Betriebe (Regeler) ein Akord-System eingeführt ist. Da jedoch durch die Beziehung pro Kiste der Unternehmer sich geschädigt fühlte, so kügelte man etwas neues aus, man bezahlte jetzt die Arbeit nach dem Akordsystem. Wird jemand engagiert, so muß er einen Vertrag unterschreiben, wonach ein Teil seines Lohnes bis zum Jahresabschluß aufgespart wird, der ihm jedoch verlustig geht, wenn er gewungen ist, früher den Betrieb zu verlassen. Eine äußerst feinstünne Einrichtung zur Erhöhung des Unternehmergewinns. Bei einer anderen Firma hat man ein Kontrollsystem eingeführt, ähnlich dem bei der Firma A. Wertheim bestehenden. Man will dadurch die durch die Untreue des „Oberpaders“ schon in tenst schufenden Kollegen zu immer noch mehr gesteigert Arbeit veranlassen. Es wird Sache der Kollegen sein, durch diese Rechnung einen dicken Strich zu machen. Von einigen Kollegen wurde die oftmals itz Ungemessene gehende Stumpfsinnigkeit einiger Kollegen geschildert. So wurden Versuche gemacht, in der Kurzwarenabteilung der Firma Rabene, von der erst kürzlich die Tagespresse berichtete, daß die selbe einen Konzern sämtlicher Eisenkurzwaren-Firmen anstrebte, um die Preise für ihre Artikel einheitlich zu „regeln“, dem Verbands zuzuführen. Geradezu Jammerlöhne werden bei dieser Werkfirma gezahlt. Zu Anfang gibt es pro Woche 20,50 Mk., abzüglich der Beiträge für Kranken- und Unfallversicherung. Schon nach drei Jahren erfolgt eine Zulage von 1,50 Mk. Der allergrößte Teil jedoch kommt nicht in den Genuss dieser Wohltat. Sie ziehen es vor, bei andern, weniger humanen Arbeitgebern wie Rabene, in Arbeit zu treten. Daß durch die an der Tagesordnung stehenden Diebstähle bei der Firma dieselbe noch nicht zur Einsicht gelangt ist, daß diese durch die elenden Löhne geradezu promoviert werden, ist wirklich wunderbar. Einer unserer dort tätigen Kollegen gab sich die erdenklichste Mühe, den Kollegen klar zu machen, daß dies nicht der richtige Weg ist, die Einkünfte als Arbeiter zu erhöhen. Man muß sich organisieren, um als geschlossenes Ganzes mit Forderungen an Herrn Rabene heranzutreten und nicht darauf zu warten, daß derselbe in die Kasse „seiner Arbeitervereins“ ein paar Tausend Mk. hinein tut, die bei der ersten sich bietenden Gelegenheit verjubelt werden. Zum Eintritt in die Organisation waren mit Ausnahme Einzelner die Kollegen jedoch nicht zu bewegen. Ganz spurlos sind die Worte jedoch nicht verhallt. Man sah ein, daß man nicht darauf warten könne bis Herr Rabene zu der Einsicht gelangt, daß ein Lohnaufbesserung erfolgen müsse. Man scheute sich jedoch, die richtige Form, die Wünsche dem Unternehmer gegenüber geltend zu machen, zu wählen, wurde stattdessen einig, durch eine „Petition“ an den Geschäftsleiter die Wünsche der Kollegen kund zu tun. Herr G., der Geschäftsführer, ließ auf Grund der eingereichten Mittschrift auch mit der Antwort nicht lange auf sich warten. Sie fiel aus, wie sie gar nicht anders ausfallen konnte und wir vorher gesagt hatten. Es wurde den Kollegen erklärt, daß es eine Lohnzulage nicht gibt, „wenn es nicht passe, kann gehen“. In mehreren Betriebsversammlungen wurde den Kollegen der Weg zum Erfolg klar und deutlich gezeigt, ja, wer aber glaubte, daß die Kollegen sich eines Besseren hätten belehren lassen, ist auf dem Holzwege Durch unseren Verbandsvertreter wurde den Kollegen kein Zweifel darüber gelassen, daß wir eine Lohnbewegung für Unorganisierte zu führen, ablehnen müssen um aber den Kollegen den Schutz nicht ganz zu ver-

sagen, erklärte sich unser Verbandsvertreter bereit, persönliche Hilfe den Kollegen angedeihen zu lassen und durch ein von ihm ausgearbeitetes Schreiben an Herrn Kommerzienrat Rabene zu versuchen, eine Lohnaufbesserung zu erzielen. Die Kollegen waren selbstverständlich damit einverstanden. Der Brief hat bewirkt, daß für diejenigen Kollegen, welche bereits ein Jahr tätig sind, eine Lohnaufbesserung von 1,50 Mk. pro Woche erfolgte —, außerdem wurde noch zugesagt, daß bei einer militärischen Uebung den verheirateten Kollegen 15 Mk. pro Woche gezahlt werden soll, während die unverheirateten 10 Mk. erhalten sollen. Leer gingen die aus, welche noch nicht ein Jahr und diejenigen, welche länger als drei Jahre tätig sind, somit also den Lohn von 22 Mk. bereits beziehen. Ein Exemplar wollte man jedoch statulieren, unser Kollege, der als Vertrauensmann gewählt worden war, wurde entlassen. Es ist ihm jedoch sehr bald wieder gelungen, durch unsern gut funktionierenden Verbandsarbeitsnachweis andere lohnende Arbeit zu finden. Von einem Kollegen wurde darauf verwiesen, daß man, um besser mit Wissen ausgerüstet zu sein, die Arbeiterpresse lesen müsse. Auf Vorschlag der Branchenversammlung wurde Berlin in 6 Agitationsbezirke eingeteilt. Die Neuwahl der Branchenleitung ergab folgendes Resultat: B. Gutzmann, Branchenleiter; F. Dumke, Stellvertreter; W. Kohl-Schmidt, Schriftführer; Drehte, Lange, Beyer, Gohle, Fehler und Finke, Beisitzer. Ungeregt wurde, an einem Sonntage einen Lichtbildervortrag zu veranstalten. Die nächste Branchenversammlung soll sich noch näher mit dieser Frage beschäftigen. Nach einem anfeuernden Schlusswort des Versammlungsleiters erfolgte der Schluß der Versammlung.

Berlin. Für die bei der Firma Ullstein u. Co. („Morgenpost“) beschäftigten Handelshilfsarbeiter ist folgender neue Vertrag geschlossen worden:

Tarifvereinbarung

für das Botenpersonal der Firma Ullstein u. Co., Berlin.

A. Regelung des Lohnes.

Die Reaktionsboten sowie die jugendlichen Radfahrer erhalten, soweit sie 16 Jahre alt sind, einen Anfangslohn von 17,— Mk. pro Woche. Dieser steigt nach einjähriger Tätigkeit im Betriebe um 1,— Mk. pro Woche auf.

Die Kassenboten, Portiers, Bader und Motorfahrer erhalten einen Anfangslohn von 26,— Mk. pro Woche, nach einjähriger Tätigkeit steigert sich der Lohn auf 27,— Mk. pro Woche, nach zwei Jahren auf 28,50 Mk., nach drei Jahren auf 30 Mk. und von da ab jährlich um 1,— Mk. steigend bis zum Höchstlohn von 33,— Mk.

Die Hausdiener, Hofarbeiter, Fahrstuhlführer und Fensterputzer erhalten einen Anfangslohn von 26 Mk. pro Woche, nach einjähriger Tätigkeit steigert sich der Lohn auf 27,— Mk. pro Woche, nach zwei Jahren auf 28,50 Mk., nach drei Jahren auf den Höchstlohn von 30,— Mk.

Die Kraftwagenführer von großen Fahrzeugen erhalten einen Anfangslohn von 34,— Mk. pro Woche, steigend um 1,— Mk. jährlich bis zum Höchstlohn von 37,— Mk. pro Woche.

Die Begleit-Chauffeure erhalten einen Anfangslohn von 30,— Mk., steigend von Jahr zu Jahr um 1,— Mk. bis zum Höchstlohn von 33,— Mk.

Bei Neueinstellung von Chauffeuren sind diejenigen Chauffeure, welche als Begleiter mitfahren, zuerst zu berücksichtigen.

Ueber die festgesetzten Höchstlöhne hinaus wird der Lohn nach Uebereinkunft der Leistung entsprechend bezahlt.

Die genannten Lohnfestsetzungen treten am 1. Oktober 1909 in Kraft und gelten von diesem Tage an ohne rückwirkende Kraft.

B. Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit für die vorgenannten Arbeiter beträgt täglich einheitlich 9 Stunden. Für die Portiers bleibt die 8stündige Arbeitszeit bestehen.

Die Regelung und Einteilung der Arbeitszeit ist Sache der Geschäftsleitung. Sie erfolgt für jede der vorbenannten Arbeitergruppen den Bedürfnissen des Betriebes entsprechend.

Die Wünsche der Arbeiter sollen bei der Einteilung nach Möglichkeit Berücksichtigung finden.

C. Ueberstunden.

Ueberstunden, zu deren Leistung das Personal verpflichtet ist, werden wie folgt bezahlt:

Für die ersten zwei Stunden erfolgt ein Zuschlag von 25 pCt., für die beiden darauf folgenden Stunden erfolgt ein Zuschlag von 33 1/2 pCt. und für weiter folgende Stunden ein solcher von 50 pCt. zu jeder der im Tarif benannten Gruppe zu zahlenden Stundenlöhnen. Sonntagsarbeit wird mit 50 pCt., Weihnachts-, Ostern- und Pfingst-Feiertagsarbeit mit 100 pCt. Zuschlag bezahlt.

Ueberstunden, welche während der Mittagszeit gemacht werden müssen, werden mit 50 pCt. Zuschlag zu den bisherigen Sätzen bezahlt, sofern es nicht möglich ist, die Arbeit so einzuteilen, daß für die durchgearbeitete Mittagszeit abends entsprechend früher aufhört wird.

Für die in der Baderlei tätigen Arbeiter werden die Ueberstunden wie folgt geregelt:

Ueberstunden von mehr als zwei Stunden sollen möglichst bis 12 Uhr vormittags angeordnet werden. Geschieht dies nicht und ist eine Ueberarbeit von zwei Stunden und mehr zu leisten, so ist eine einmalige Extraentschädigung von 25 Pf. pro Person zu gewähren.

Ueberschreitet die Dauer der Ueberstunden an einem Tage 8 Stunden hintereinander, so wird den beteiligten Arbeitern daran anschließend eine ununterbrochene Ruhe-

zeit von 5 Stunden gewährt. Während dieser Ruhezeit dürfen sie nicht zur Arbeit, auch nicht zur Ueberstundenarbeit herangezogen werden. Wird an zwei aufeinanderfolgenden Tagen eine derartige lange Ueberarbeit erforderlich, so ist diese von den Arbeitern abwechselnd zu leisten, so daß nicht derselbe Arbeiter an zwei aufeinander folgenden Tagen je eine 8stündige Ueberarbeit zu leisten hat.

D. Allgemeines.

Maßregelungen wegen Durchführung des Tarifs dürfen nicht vorgenommen werden.

Von freien Stellen ist dem „Arbeitsnachweis des Deutschen Transportarbeiterverbandes“, Ortsverwaltung Berlin I, Eingangsstr. 15, Tel.-Amt 1, 2632, Mitteilung zu machen, und sollen die von dort zugewiesenen Arbeitskräfte nach Möglichkeit bei der Besetzung der Stellen berücksichtigt werden.

Für alle nicht im Tarif getroffenen Abmachungen gelten die Bestimmungen der Arbeitsordnung, die durch den Tarif nicht aufgehoben wird.

Dieser Tarif tritt am 1. Oktober 1909 in Kraft und gilt bis zum 30. September 1912. Er gilt auf ein Jahr verlängert, wenn vor seinem Ablauf von keiner der beiden Parteien eine Kündigung erfolgt. Die Kündigungsfrist wird auf vier Wochen festgesetzt. Mehrforderungen müssen bis zum 10. September 1912 angemeldet sein.

Berlin, den 24. September 1909.

Für die Firma Allstein u. Co.:
Dr. Sydow. Geisler.

Für das Botenpersonal:
Frankl. Schwarz. Gaf.

Für den Deutschen Transportarbeiter-Verband:
F. Wappler. Aug. Weder.

Salle a. S. Die hiesige Wein- und Delikatessenhandlung von Böttel und Brodowski scheint zu glauben, daß die Arbeiter lauter reiche Krösusse seien. Von jedem Markthelfer, den sie einstellt, verlangt sie 100 Mk. Kaution. Aus welchem Grunde dies geschieht, wird wohl allen, außer den Inhabern der Firma selbst, ein Rätsel bleiben. Der Lohn beträgt pro Woche 20 Mk. und nebenher gibt es die ausgedehntesten Delikatessen-Jour-Dienst wird etwa 1 Mk. gegeben. — Daß die Firma alle Weinflaschen zusammenkauft, kann man ihr nicht verargen, denn das tun gewöhnlichere Firmen auch; daß aber von den Arbeitern verlangt wird, diese Flaschen im kalten Wasser zu spülen und rein zu bekommen, das wird unverständlich bleiben. Daß es an sanitären Einrichtungen, wie Vorhandensein von Verbandzeug u. dergl. mangelt, muß bei einer solchen Weltfirma wunder nehmen. Die Antreiberei seitens des Kellermeisters und der übrigen Vorgesetzten ist besonders angenehm. Aus all diesen Gründen geht es bei der Firma auch wie in einem Taubenschlag zu. Diese Mißstände könnten aber beseitigt werden, wenn das Gesamtpersonal, vor allem die Hilfsarbeiter, mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation dies erstrebte.

Transportarbeiter.

Altwater-Waldenburg. Was ein Arbeiter in den Augen der Unternehmer ist, sobald er erwerbsunfähig wird, zeigt recht treffend folgender Fall. Der Kutscher F., welcher schon seit fünf Jahren bei der Expeditionsfirma Rudolf beschäftigt war, erhielt von seinem Chef den Auftrag, für jemand Holz aus dem Walde zu holen. Hierbei hatte F. das Malheur, daß die Bremse verlagte und der Wagen nicht zum Stehen gebracht werden konnte, wobei er sich an den Weinen schwer verletzte, infolgedessen er erwerbsunfähig wurde. Kurzerhand wurde der Kollege von Herrn Rudolf aus dem Grunde entlassen, daß F. das Holz nicht für den betreffenden geholt habe, für den er von St. bestimmt gewesen sei, was vom F. ganz entschieden bestritten wird, wozu ihm auch Zeugen zur Verfügung stehen. Hieraus können die Kollegen abermals erkennen, wie mit ihnen umgesprungen wird. Passiert ihnen bei Ausübung ihres Berufes irgend ein Unglück, so wird ihnen zu diesem kaldbüßig, trotz jahrelanger Tätigkeit, auch noch die Arbeitslosigkeit in Aussicht gestellt. Wo bleibt hier die so viel gepriesene Humanität der Arbeitgeber? Kollegen, eure größte und einzige Stütze zur Erringung menschenwürdiger Zustände ist die Organisation. Sie allein ist es nur, die von den Arbeitgebern respektiert und gefördert wird. Je mehr Kollegen der Organisation beitreten, desto größer wird ihre Macht, mit welcher schon so viele Besserungen, auch in unseren Verhältnissen, herbeigeführt worden sind. Darum, Kollegen! Hinweg mit der Euch schädigenden Interessenlosigkeit, hinein in den deutschen Transportarbeiter-Verband!

Berlin. Einem tragischen Geschick ist der Direktor Callenbach von der Berliner Wirtschaftsgenossenschaft zum Opfer gefallen. Auf einem Jagdausflug entsand sich sein Gewehr. Der Schuß traf Herrn Callenbach so unglücklich, daß bald darauf der Tod eintrat. Direktor Callenbach hat noch an dem in voriger Nummer dieses Blattes veröffentlichten Tarifabschluß mitgewirkt, und als sozial denkender Mensch es abgelehnt, die Scharfmachereien der Bolle und Genossen mitzumachen. Solche Leute gibt es in Unternehmerkreisen bekanntlich nicht allzu viele.

Essen-Muhr. Wie es mit dem Patriotismus unserer Unternehmer bestellt ist, wenn es an ihren Geldbeutel geht, davon zeugt folgender Vorfall:

Am Montag des Zeppelintages hatten die Fuhrleute der Firma Molbrings u. Fischer bis Mittag gefahren, spannten aber des Mittags nicht wieder an, weil erstmals der Verkehr sehr schwierig war, und zweitens, weil auf keiner Baustelle weder Maurer noch Sandlanger zu finden waren, weil sich dieselben alle nach dem Landungsplatz begeben hatten, um der Ankunft des Zeppelin III zu harren.

Am Lohnstage wurde nun den Kollegen selbstverständlich die halbe Schicht abgezogen, aber damit nicht genug, in der anderen Woche mußten sämtliche Fuhrleute auf Geheiß des Herrn Fischer nochmals abwechselnd einen halben Tag feiern als Strafe. Nun, die Behandlung seitens des Herrn Fischer sind die Fuhrleute ja bereits gewöhnt. Nur von seiner Bildung ein kleines Beispiel: Eines Mittags war einer der Kollegen nach Hause gegangen, um seit Mittagessen einzunehmen, er hatte nun seinem Pferde etwas zu viel Hafer in die Krippe geworfen, was von Herrn Fischer bemerkt worden war, nachher ging denn der Spießel los, und anderem erklärte Herr Fischer, „laßt Euch Euer Fressen in den Stall bringen.“ Nachdem er sich nun ausgetobt hatte und auf den Hof kam, begegnete ihm der Wagensmeister, den er dann nach seinem Hund fragte und ob derselbe auch schon was zu Essen gehabt habe. Bei diesem Herrn wird also der Hund mehr geachtet als wie die Fuhrleute, die von des Morgens aller Herrgottsfrüh bis an den späten Abend ihre Knochen zu Markte tragen. Nun, die Kollegen haben ja die richtige Antwort darauf gegeben und sich samt und sonders der Organisation angeschlossen. Es wird auch die Zeit kommen, wo selbst einem Herrn Fischer die nötige Achtung und Bildung von seinen Fuhrleuten beigebracht werden kann.

Karlsruhe i. B. Reißt ihn runter, stecht ihn nieder, den Hund! Wir berichten vor einiger Zeit, daß unser Kollege Doffin in Karlsruhe mit einem Leutnant ein Rencontre hatte, bei dem unser Kollege von dem Leutnant mit dem Säbel an der Hand verletzt wurde. Zudem erhielt unser Kollege noch eine Anklage wegen Beleidigung des Leutnants, von der er vor dem Schöffengericht freigesprochen wurde. Gegen diesen Freispruch legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein und heute erfahren wir, daß das Verfahren eingestellt ist, indem die Verurteilung zurückgezogen wurde. Das hätte noch gefehlt, daß der selbst schwer beleidigte und verletzte Fuhrmann auch noch hinter schwedische Gardinen gekommen wäre. Unmöglich ist dies ja in Deutschland durchaus nicht und sicher wäre es dem Kollegen auch schlecht ergangen, wenn ihm nicht der Verband den Rechtsschutz gewährt hätte. Andere Kollegen mögen aber aus diesem Fall erkennen, daß die Organisation eben doch gut ist, denn schon mancher wurde durch den Verband vor dem Gefängnis bewahrt.

Karlsruhe i. B. Wie die Unternehmer die Uneinigkeit der Arbeiter auszunutzen verstehen, davon hat uns die Expeditionsfirma v. Steffeln einen treffenden Beweis geliefert. Zwischen dieser Firma und unserer Organisation besteht ein Tarifvertrag, der im nächsten Mai abläuft. Durch einige Maßregelungen verstand es die Firma, den bis dahin gut organisierten Kollegen Angst einzujagen, so daß sie zum Teil dem Verbandszeug untreu wurden. Nun ist die Quittung für diesen Verrat bereits erfolgt, denn anstatt Freitags, wie es der Vertrag verlangt, und wie es bisher gehalten wurde, wird jetzt nunmehr Samstag der Lohn ausbezahlt. Weitere Verschlechterungen werden folgen, ohne daß die Firma den Ablauf des Tarifs abwartet, die Kollegen werden noch schlimme Erfahrungen machen. Darüber sind sich die Kollegen auch gar nicht im Zweifel, sie rechnen bereits damit, daß im Mai eine Lohnkürzung von 3—5 Mk. erfolgt. Wir trauen der Firma eine solche Ausnutzung der Notlage des Arbeiters nicht zu, aber sollte es dennoch geschehen, dann haben sich dies die Kollegen selbst zu verdanken.

Den Kollegen von der Firma Steffeln rufen wir zu: „Raßt Euch auf, schließt Euch an eure Organisation, so lange es noch Zeit ist. Die 21 Mk. Anfangslohn, welche die Firma bezahlt, sind zu wenig zum Leben und zum Sterben zu viel, ein trauriger Fuhrmann, der sich bei den heutigen Nahrungs- und Lebensmittelpreisen noch mit solchen Löhnen zufrieden gibt. Es gilt diesmal nicht nur eine geplante Verschlechterung abzuwehren, sondern hauptsächlich, der Lohn der jüngeren Kollegen muß in die Höhe gebracht werden und zu diesem Zweck müssen sämtliche Arbeiter zusammen stehen. Mögen Einzelne ihren Charakter und ihre Gesinnung verkaufen, jeder unabhängige Kollege wird dafür sorgen, daß er Verbandsmitglied ist und bleibt. Zum mindesten sollte jedem einleuchten, daß für ihn die Organisation eben so notwendig oder nötiger ist, als wie den Herren von Steffeln, die sogar im Ausschuß des Arbeitgeberbundes sitzen.“

Karlsruhe i. B. Einige Dienstmänner haben hier einen „Verein der Dienstmänner“ gebildet, die mit roter Mühe und bito Krügen sich empfehlen. So sehr wir einen Zusammenschluß der Dienstmänner begrüßen, scheint uns dieses Gebilde doch nicht das Richtige zu sein, indem schon gleich im Voraus die größere Anzahl der hiesigen Dienstmänner ausgeschlossen ist. Derselben hat sich natürlich deshalb eine gewisse Erregung bemächtigt, die sich in Zeitungsnotizen ausdrückt. Wir meinen, die Karlsruher Dienstmänner hätten wichtigeres zu tun, als sich gegenseitig zu beföhden, weshalb wir einen Zusammenschluß aller Kollegen innerhalb unseres Verbandes wünschen, die Kollegen wissen dann wenigstens, daß ihre Geser auch für ihre Interessen angelegt sind. Bemerkenswert ist, daß Herr Kräger in Heidelberg, der Vorsitzende des Arbeitgeberbundes, gleichfalls versprochen haben soll, den Dienstmännern beizustehen. Wir machen einstweilen hinter diese Konstatierung ein großes Fragezeichen und kommen vielleicht später darauf zurück.

Kattowitz. Zusammenschluß der Arbeitgeber im Transportgewerbe. Die Herren Arbeitgeber in der Kattowitzer Expedition waren von jeher nicht gut aufeinander zu sprechen. Als Konkurrenten bekämpften sie sich gegenseitig; jeder sah zu, daß er dem andern, wo es nur anging, die Runds-

chaft wegnehmen konnte. Diese Feindschaft verhinderte die Herren aber durchaus nicht, mit einander Fühlung zu nehmen in betreff der Frage einer eventl. Erhöhung der Rollgeldsätze. In dieser Hinsicht war aller Konkurrenzgeist vergessen, die Einigung kam zu stande und das Ergebnis derselben war eine Erhöhung der Rollgeldsätze um circa 100 pCt.

Auf Grund dieser Einigung wurde folgendes Zirkular der Rundschaft zugestellt:

„Kattowitz, den 21. Juni 1909.“

Zirkular an unsere werthen Kunden!

Wir unterzeichneten vereinigten Expeditione von Kattowitz beehren uns ergebenst anzugeben, daß wir durch die gegebenen Verhältnisse gezwungen sind, die mehr als 40 Jahre unverändert gebliebenen Rollgeldsätze für Stüdgüter und Waggonsladungen, welche in keinem Verhältnis zu den in den letzten Jahren erwachsenen Mehrausgaben als

- erhöhte Miete,
- gesteigerte Arbeitslöhne,
- im Preise gestiegene Futtermittel,
- erhöhten Einfuhrzoll für Pferde,
- große Belastung von Beiträgen zur Berufs-
- genossenschaft,
- Invalidentaxe,
- Krankentaxe pp.

sehen, die laut umstehender Aufstellung festgesetzten Preise vom 1. Juli cr. ab zur Umrechnung zu bringen.

Diese hohen und hierdurch erwachsenden Ausgaben können wir auf die Dauer unmöglich aus den bisherigen Erträgen unseres Expeditionsgeschäfts decken. Wir folgen mit der geringen Erhöhung unserer Rollgeldsätze nur einer zwingenden Notwendigkeit. Es liegt uns ferne, unsere Rundschaft übermäßig zu belasten.

Wir hoffen, daß unsere verehrten Auftraggeber unsere Zwangslage gerecht beurteilen und empfehlen uns Ihnen

in vorzüglicher Hochachtung!

Breslauer Paketfahrt-Gesellschaft. Max Goldberger.
M. Kalschinsky u. Co. Kattowitzer Transport-Kontor.
S. Siedner. Julius Steinth.“

Folgt der erhöhte Tarif.

Wie die Kollegen sehen können, führen die Herren Arbeitgeber unter anderem auch die gesteigerten Arbeitslöhne als Vorwand zur Erhöhung des Rollgeldes an. Nur haben aber die Löhne der Kollegen Expeditionskutscher und Arbeiter seit Jahren keine, oder aber nur eine geringe Aufbesserung erfahren.

Die in Kattowitz gezahlten Löhne (16 bis 20 Mk. pro Woche) stehen in keinem Verhältnis zu den seit Jahren steigenden Lebensmittelpreisen. Aber nicht nur die Lebensmittel sind bedeutend teurer geworden, auch alle anderen Bedarfsartikel, auf die der Arbeiter angewiesen ist, sind in die Höhe gegangen.

Nun weisen die Arbeitgeber in ihrem Zirkular auch auf die erhöhten Mieten hin; gewiß, mit Recht! Die Arbeiter haben aber darunter viel schwerer zu leiden, oder sie müssen in Löcher ziehen, die feucht und dumpf sind, und da sie größtenteils hintenauß, eingeschlossen von hohen Häusermauern liegen, auch von Licht und Luft abgeschnitten.

Der letzte Schlag, der seitens des Zentrums, der Polen und der Konservativen gegen die Arbeiterklasse geführt worden, legt auch den Kollegen Transportarbeitern enorme Lasten auf. 400 Millionen neue Steuern sind auf die Schultern der Arbeiter gewälzt worden; 100 Millionen sind Handel und Gewerbe aufgelegt, die Millionen der Reichen läßt man frei.

Der Kaufmann, der Arbeitgeber wehrt sich; er vergißt alle Streitigkeiten und schließt sich mit seinen Gesinnungsgenossen zusammen, zum Zwecke für die Mehrausgaben durch die neuen Steuern neue Einnahmequellen zu schaffen (siehe Erhöhung des Rollgeldes in Kattowitz). Der Kaufmann schlägt die Mehrausgaben, die ihm durch die neuen Steuern erwachsen, zu den Geschäftskosten; der Konsument, der Arbeiter, muß die Ware teurer bezahlen. Die indirekten Steuern haben eine fünfköpfige Familie mit ca. 100 Mk. belastet, jetzt kommen aber mindestens 50 Mk. dazu, so daß ein Arbeiter also mindestens 150 Mk. indirekte Steuern bezahlen muß.

Die Arbeitgeber hatten es für ihre Pflicht, in jeder Weise für ihre Familie zu sorgen. Ihre Söhne studieren, sind Offiziere beim Heer oder treten in den Staatsdienst ein; ihre Töchter machen gute Partien. Sie streben nach vorwärts.

Die oberschlesischen Transportarbeiter nehmen es mit ihren Pflichten der Familie gegenüber nicht genau; langt der Lohn nicht zu, muß die Frau mitarbeiten. Auf die Kinder wird keine Rücksicht genommen; statt dem Jungen, der Talent hat, etwas lernen zu lassen, muß er auf den Rutschboden, in die Grube oder in die Fabrik. In spätere Zeiten denkt der Kollege nicht; er lebt von der Hand in den Mund. Kommt aber Krankheit oder Arbeitslosigkeit, so ist das Elend groß. Und kommt gar der Tod, so ist dem Glend Lür und Lör geöffnet.

Sollte jetzt nicht der geeignete Augenblick da sein, einmal nachzudenken? Daran zu denken, auch ihrerseits die Einnahmequellen zu erhöhen, um so einen Ausgleich für die gesteigerten Lebensmittelpreise und Mieten herbeizuführen?

Kollegen! Ihr müßt von euren Arbeitgebern lernen. Gleich ihnen allen Pant und Streit vergessen, Euch ebenfalls organisieren. Im Deutschen Transportarbeiter-Verband haben sich über 100 000 Eurer Berufs-Kollegen zusammengeschlossen. Zögert nicht länger. Tut es diesen nach. Der Verband bietet Euch die beste Gewähr. Er wird dafür sorgen, daß auch in Oberschlesien bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden. An Euch liegt es! Kollegen ans Werk. Tut eure Pflicht.

Magdeburg. Polizei und Kutscher. Die hiesigen Tageszeitungen brachten kürzlich folgende von der Polizei ausgegangene „Warnung“:

„Trotz wiederholter Verwarnungen und Bekannmachung wird noch immer der weitest größte Teil der Eisenbahnunfälle durch die Unachtsamkeit von Geschirrführern beim Ueberfahren von Eisenbahnübergängen verursacht. Nicht oft und eintönig genug können jene auf die möglichen Folgen eines leichtsinnigen Handelns aufmerksam gemacht werden, denn, abgesehen von dem bei einem Eisenbahnunglück entstehenden Materialschaden, setzen sie nicht nur ihr, sondern auch das Leben ihrer Mitmenschen in unverantwortlicher Weise aufs Spiel und ziehen sich außerdem noch eine strenge Bestrafung auf Grund des § 316 des Strafgesetzbuchs zu.“

Die Ortsverwaltung Magdeburg schreibt nun hierzu: „Wir protestieren dagegen, daß etwa 1000 Magdeburger Kutscher beleidigt werden, indem ihnen „Leichtsinnigkeit“ und „unachtsames Handeln“ vorgeworfen wird. Besser wäre es gewesen, der Verfasser dieser Notiz hätte sich vorher einmal mit den Ursachen, worauf die „Unachtsamkeit“ und das „leichtsinnige Handeln“ der Kutscher zurückzuführen ist, beschäftigt; er würde jedenfalls seine „Verwarnung“ erheblich einschränken müssen. Es muß als wirkliches Wunder betrachtet werden, daß in einer so verkehrsreichen Stadt wie Magdeburg die Zahl der Unfälle im Transportgewerbe nicht noch höher ist. Kommen doch heute schon auf 1000 Kollarbeiter im Transportgewerbe 24,1 Verunglückte. Weiß der Verfasser der „Warnung“ nicht, daß die Arbeitszeit der größten Anzahl der Magdeburger Kutscher frühmorgens um 3 1/2 bis 4 Uhr beginnt und erst zwischen 8 und 9 Uhr abends beendet wird? Woher soll bei einer so unheimlich langen Arbeitszeit, bei der die Arbeit in einer unheilvollen Weise überanstrengt werden, erhöhte Aufmerksamkeit, welche zur Verkehrssicherheit notwendig ist, kommen? Wenn sich wirklich Unfälle ereignen, ist man dann berechtigt, eine ganze Berufsgruppe in der Weise anzugreifen? Müßte nicht der Vorwurf gegen die Fuhrwerksbesitzer erhoben werden, gegen alle diejenigen, welche für ihre Kutscher eine verkürzte Arbeitszeit im Interesse der Sicherheit des Verkehrs nicht einführen wollen? War nicht zu dem im Jahre 1906 ausgebrochenen Kutscherstreik das Verlangen nach Verkürzung der unheimlich langen Arbeitszeit die Hauptveranlassung? Hat nicht erst im Monat Mai d. J. eine große Kutscherversammlung beim Magistrat der Stadt Magdeburg die Einführung einer Fahr- und Fachschule für die Kutscher beantragt, um im Interesse der größtmöglichen Verkehrssicherheit die Fahrzeuge von geschulten, des Fahrens kundigen Leuten führen zu lassen? Der Magistrat hat aber die Einführung von Fahr- und Fachschulen abgelehnt! Der Leitung des Transportarbeiterverbandes gab man den guten Rat, sich mit den Fuhrherren in Verbindung zu setzen, mit denselben Fuhrherren, die alle Hebel in Bewegung gesetzt haben, um die Einführung einer gesetzlich vorgeschriebenen verkürzten Arbeitszeit zu verhindern und die sich sträuben, für ein geschultes Fuhrpersonal Sorge zu tragen. Nur billige und willige Arbeitskräfte zu haben, das ist bei einem Teile der Fuhrwerksbesitzer die Hauptsache. Ob der Kutscher fahren kann, ob er überhaupt im Stande ist, ein Fuhrwerk zu bedienen, ist so manches Mal Nebensache. Alles das beweist, daß den Unfällen bei Eisenbahnübergängen usw. ganz andere Ursachen zu Grunde liegen, als „Unachtsamkeit“ und „leichtsinniges Handeln“ der Geschirrführer. Das sollte schließlich auch die Polizei wissen! —

Mannheim. Die Lohnbewegung der Kutscher in den gewerblichen Fuhrbetrieben ist beendet. Das Arbeitsverhältnis hat sich durch diese Bewegung in punkto Arbeitszeit nicht geändert. Die Löhne werden den Expeditionskutschern, sofern sie nicht schon höhere Löhne haben, für den Minimallohn 1 Mt., auf den Maximallohn 50 Pfg. pro Woche aufgebessert. Bessere Aufbesserung kommt in allen Expeditionsbetrieben mit Ausnahme der Paketfahrt in Betracht, wo bereits schon höhere Löhne gezahlt werden. Die Tagelöhner in den Expeditionsbetrieben erhalten ebenfalls 1 Mt. Zulage. Für die Kutscher und Tagelöhner in den baugewerblichen Fuhrbetrieben bleiben die bisherigen Arbeits- und Lohnverhältnisse bestehen. Auch hier war bereits bisher der Lohn höher als bei den Expeditionskutschern. Jetzt ist der Maximallohn einheitlich und zwar für Einspanner 29 Mt., für Zweispanner 30 Mt. Bei der Paketfahrt beträgt der Maximallohn 30 bzw. 31 Mt. Bei der amtlichen Güterbeförderung Reichert ist der Maximallohn der Zweispanner 30,60 Mt. Bei den letzten Firmen beginnt die Arbeitszeit morgens eine Stunde später als bei den andern. Im Allgemeinen bleiben die Bestimmungen wie bisher, nur mit dem Unterschied, daß den Maximallohn jetzt alle Unternehmer an die Kutscher zahlen, welche nachweisbar zwei Jahre in den hiesigen Fuhrbetrieben tätig waren, während dies vorher zum Teil nicht der Fall war. Die Frage des Arbeitsnachweises ist dieses Mal nicht mit in den Tarif gekommen. Sie war bereits das letzte Mal nur als eine Dekoration darin enthalten, weil die Unternehmer sich gar nicht darum gekümmert haben. Die Firma Reichert hat sich bereits vor zwei Jahren dem Scharfmacherarbeitsnachweis angeschlossen, ebenso auch die Firma H. Gräff. Die Herren haben zwar auch schon ein Haar darin gefunden, so daß sie es heute vorziehen, die Leute persönlich einzustellen.

Der Tarifvertrag wurde auf 1 1/2 Jahr abgeschlossen, also bis zum 15. März 1911 — wir verlangen ursprünglich bis 1912. Warum sich die Unternehmer lediglich auf das Jahr 1911 verstoßen haben, wissen wir nicht. Vielleicht glauben sie bis dahin kräftig genug zu sein, um uns abzurufen zu können. Vielleicht wissen sie aber auch selbst noch nicht, warum es gerade das Frühjahr 1911 sein muß. Bekanntlich steifen sich auch alle andern Unternehmerver-

bände auf das Frühjahr 1911 und die Schreiner stehen schon seit 7 Wochen im Kampf, wobei der Februar 1911 als Abkammerin eine bedeutende Rolle spielt. Ebenso wurde der Tarif der Stückgutarbeiter auf den 1. April 1911 festgelegt. Wir wollen nicht zu schwarz sehen, aber besser ist besser. Unsere Kollegen werden gut daran tun, sich während diesen ein- einhalb Jahren ihre Organisation so auszubauen, daß wir allen Stürmen gewachsen sind.

Wir standen auch bei dieser Bewegung schon in Abwehr. Das Unternehmertum hat auf alles andere, aber nur nicht auf eine Lohnerhöhung gerechnet. Der eingereichte Entwurf war ja förmlich mit Verschlechterungen gespickt. Zwei Monate haben wir gebraucht, bis endlich die Unternehmer auf alle Verschlechterungen verzichtet haben. Im letzten Augenblick, nachdem die Kollegen bei Reichert sich so musterhaft gezeigt haben, dort hat man in erster Linie auf die Loyalität der Kollegen kalkuliert, hat man sich endlich schweren Herzens bereit erklärt, den Expeditionskutschern, die zweifellos gegenüber den andern im Nachteile waren, einige Zugeständnisse zu machen. Die Unternehmer waren ja über ihre Kommission sehr erbost, weil sie nur doch einige Zugeständnisse gemacht hat. „Die goldenen Früchte“ usw. haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Unsere Kollegen waren ja teilweise nicht ganz mit dem Resultat einverstanden. Aber heute sind sie nun allgemein der Ansicht, daß es so besser war. Wenn der finanzielle Erfolg nicht bedeutend war, so muß man doch damit rechnen, daß wir zwei Jahre wirtschaftlichen Niederganges hinter uns haben und auch heute noch nicht ganz darüber hinweg sind. Durch unsere Tarife waren wir in der Lage, die Löhne trotz der Krise hoch zu halten und wenn wir nun jetzt nochmals eine kleine Verbesserung dazu erreicht und auf eine, wenn auch kurze Zeit gesichert haben, so muß konstatiert werden, daß vieles erreicht wurde. Gätten wir gestreift, so wäre es nicht ausgeschlossen gewesen, daß wir die gewünschte Lohnerhöhung ganz durchgeführt hätten. Aber auch das ist nicht die Hände in den Schooß gelegt. Sofort wären alle Streikbrecherarbeitsnachweise in Bewegung gesetzt worden. Daß es in unsern Berufen noch genug Elemente gibt, wenn auch nicht in Mannheim, so aber anderwärts, die sich als Streikbrecher verwenden lassen, das hat man in letzter Zeit wiederholt erleben können. Das Unternehmertum hätte sich zweifellos mit letzteren nur zur Not behelfen können und hätte beivilligen müssen, denn die Herbstkonjunktur ist nun mal für uns zweifellos günstig. Aber dann hätten wir das Unternehmertum zu etwas gezwungen, dessen Nachwehen für uns nicht besonders gut gewesen wären. So kann man aber uns keinen Vorwurf machen, sondern muß anerkennen, daß wir wohl die Macht in Händen hatten, aber darauf verzichteten und zwar deshalb, weil wir es bis jetzt immer noch mit einem einigermaßen einsichtigen Unternehmertum zu tun hatten. Der Terrorismus, wie er in anderen Städten beim Unternehmertum zu verzeichnen ist, besteht hier nicht. Selbst die, welche vor zwei Jahren glaubten, die Organisation auszuliegen oder wenigstens schwächen zu könnten, haben sich anscheinend eines Besseren besonnen. Wir haben in ehrlichem Kampfe gesucht, zu erreichen, was zu erreichen war, und die Unternehmer haben versucht, so viel wie möglich sich ihrer Haut und ihrer Interessen zu wehren. Dies ist so und wird auch für die Zukunft nicht anders werden. Unsere Aufgabe muß es sein, auch unsere Blicke über die Grenzpfähle Mannheims zu werfen und dort dafür zu sorgen, daß unsere Berufskollegen auch in anderen Städten auf die Höhe der Mannheimer kommen, und da haben wir noch ein gutes Stück Feld zu beackern.

Oeffentliche

und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin I. Rassenbericht vom 3. Quartal 1909.

Einnahme:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'An Rassenbestand am 30. 6. 09', '450 Aufnahmen a 1 Mt.', '87 074 Wochenbeiträge a 40 Pfg.', etc.

Ausgabe:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Per Beerdigungsbeihilfe für Frauen u. Kinder', 'Beerdigungszuschuß', 'Gehalt und Versicherungsbeiträge', etc.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Per Unkosten: Arbeitsnachweis 2. Quartal', 'Zuschuß Groß-Berlin', 'An die Hauptkasse gesandt', etc.

Bilanz:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahme', 'Ausgabe', 'Kassenbestand am 1. 10. 09', etc.

Berlin, den 29. Oktober 1909.

Bücher und Belege geprüft und für richtig befunden.

Die Revisoren:

Fritz Zimmermann. Robert Rehr. Wilhelm Klobbert.

Die Hauptkasse zahlte im Laufe des 3. Quartals folgende Unterstützungen:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Arbeitslosenunterstützung', 'Krankenunterstützung', 'Notfallunterstützung', 'Beerdigungsbeihilfe', etc.

Berlin. W ä s c h e h a u s b i e n e r.

In der letzten Branchenversammlung hielt ein Kollege einen lehrreichen Vortrag über: „Die Schuldenwirtschaft im Deutschen Reich und die Belastung der arbeitenden Klasse durch neue Steuern.“ In seinen einfindigen Ausführungen griff der Redner auf das Jahr 1872 zurück, wo Deutschland die 5 Milliarden von Frankreich als Kriegsschuld bekam; bereits im Jahre 1876 war diese Summe verpulvert. Er wies dann nach, wie die Schuldenlast von Jahr zu Jahr gewachsen. Das uferlose Wettrüsten, die fieberhafte Betreibung des Flottenbaues, die unklare und gefährliche Weltmachtpolitik haben die Finanzen des Reiches so zerstückelt und die Verschuldung des Reiches auf 4500 Millionen Mt. emporgetrieben. Mit den bürgerlichen Parteien ging Redner scharf ins Gericht, weil diese von jeher nur für eine Belastung der arbeitenden Klasse im Reichstage zu haben waren. So auch jetzt wieder. 500 Millionen neuer Steuern müssen wieder von den unteren Volksschichten aufgebracht werden. Mit einem Appell an die Versammelten, den Volksausbeutern bei den bevorstehenden Landtags- und Stadterordnetenwahlen die Diktatur zu geben, schloß der Vortragende. In der Diskussion ergänzten einige Kollegen die Ausführungen des Referenten. Dann gab der Branchenleiter den Jahresbericht. Wenn auch nicht alle Hoffnungen sich erfüllt hätten, so sei doch nichts unverhofft gelassen, die Kollegen für unsere Sache zu interessieren. Von 10 Kollegen, welche in der ersten Zusammentkunft anwesend waren, sind wir auf 65 Mitglieder gewachsen, ebenso viel Untorganisierte stehen uns aber noch gegenüber, und Aufgabe der neuen Branchenleitung müsse es sein, diese der Organisation zuzuführen. In die Branchenleitung wurden gewählt: Ernst Nürnberg als Branchenleiter, Fr. Rudow, Stellvertreter, U. Waldau, Schriftführer, W. Thäter, H. Friedrich, W. Wandrey und W. Leibholz als Beisitzer. Zum Schluß machte Kollege Nürnberg noch auf den lehrreichen Parteitagsbeschuß aufmerksam und sprach die Hoffnung aus, daß alle Kollegen den Boykott des Schnapses strikte durchführen. Die Sammlung für die kämpfenden schwedischen Arbeiter ergab 4,05 Mt.

Elberfeld-Warmen. Unsere Generalversammlung

für das 3. Quartal, die ziemlich gut besucht war, tagte am Samstag, den 23. Oktober. Wie aus dem Rassen- und Geschäftsbericht für das 3. Quartal zu ersehen ist, ist wieder ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen. Gegenüber dem 2. Quartal ist ein Plus von 50 Mitgliedern und 600 Wochenbeiträgen und gegenüber dem 3. Quartal 1908 ein Plus von 130 Mitgliedern und 1326 Wochenbeiträgen vorhanden. Die Agitation wurde in 9 Versammlungen und 68 Sitzungen und Besprechungen betrieben und brachte 108 Neuaufnahmen. An Unterstützungen wurden zusammen 592,10 Mt. ausbezahlt. Schriftstücke für Kollegen wurden 45 angefertigt. Die Einnahmen betragen 3319,86 Mt., die Ausgaben 3213,82 Mt., so daß ein Kassenbestand von 106,04 Mt. verbleibt. An die Hauptkasse sind 1785,35 Mt. gesandt worden. Leider mußte festgestellt werden, daß die Mitglieder dem Arbeitsnachweis nicht das notwendige Interesse entgegen bringen. Arbeitslos waren 25 Kollegen, aber nur für zwei konnte Arbeit nachgewiesen werden. Hier müssen die Mitglieder erkennen lernen, daß der Arbeitsnachweis für die Organisation von großer Bedeutung ist. Gerade jetzt sehen wir, daß das vereinigte Unternehmertum überall bei der Hand ist, die Arbeitsnachweise an sich zu reißen, um dadurch die Arbeiterschaft zu willenlosen Sklaven zu machen. Die Verbandsmitglieder müssen in Zukunft jede freiverdende Stelle dem Bureau mitteilen. Tut in dieser Weise jeder seine Pflicht, so trägt er dadurch wiederum zur Stärkung des Verbandes bei.

In der sich an den Bericht anschließenden Diskussion bemängelt der Kollege Damm den schlechten Besuch der Bezirksversammlung. Namens der Revisoren beantragte der Kollege Sawo, dem Kassierer Decharge zu erteilen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Hierauf hielt Herr Dr. Groß-Elberfeld einen sehr lehrreichen, beifällig aufgenommenen Vortrag über die verschiedenen Behandlungsmethoden. An den Vortrag schloß sich eine Diskussion an.

Unter Verbandsangelegenheiten wurde auf die im November stattfindenden Agitationsversammlungen sowie auf die Stadtratswahl in Elberfeld und Warmen hingewiesen. Mit einem kräftigen Appell des Bevollmächtigten an die Anwesenden, den Fußel zu meiden und für den Verband zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Forchheim. In nicht geringe Aufregung wurden verschiedene Personen am Sonntag, den 24. Oktober in dem sonst so friedlichen Städtchen Forchheim ver-

fehlt. Etwas unerhörtes ist geschehen. Die Lohnklaven im Transportgewerbe wollen sich nicht mehr länger so unmenschlich ausbeuten lassen und wollen sich deshalb unserer Organisation anschließen und das sollte unter allen Umständen verhindert werden. Aber nicht Scharfmacher waren es, welche dies zu vereiteln suchten; bewahre, die christlichen Gewerkschaftler hatten sich dieses zur Aufgabe gemacht. Noch bis vor 14 Tagen kümmerten sie sich nicht im geringsten um die hiesigen Transportarbeiter, die noch unter Verhältnissen leben müssen, die wohl kaum in Hinterpommern oder sonst irgend einer Gegend unseres guten deutschen Vaterlandes anzutreffen sind. Und trotzdem die Christlichen in der nächsten Nähe, in Bamberg Agitatoren in großer Anzahl zur Verfügung haben und sie auf Grund der hier bestehenden örtlichen Verhältnisse den größten Einfluß besitzen, fiel es ihnen gar nicht ein, sich dieser Kollegen anzunehmen. Erst als diese mit uns in Verbindung traten, um eine Zahlstelle des Transportarbeiterverbandes zu gründen, da entdeckten auf einmal die Christlichen ihr warmes Herz für diese und flugs wurde vom christlichen Arbeitersekretär Striegel aus Bamberg in aller Stille eine Versammlung einberufen, um die Führer vor dem verderblichen Beginnen des roten Transportarbeiter-Verbandes zu warnen. Aber er hatte die Rechnung ohne die Transportarbeiter gemacht; anwesend waren ganze sieben Mann. Diesen rechnete nun Herr Striegel vor, daß eine Familie bei den jetzigen Verhältnissen, wenn es recht sparsam hergeht, mindestens 1030 Mk. zum Leben braucht. Nachdem aber die Forchheimer Transportarbeiter erst bis zu 780 Mk. verdienen, meinte er, müssen sie sich dem christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverband anschließen, damit sie mehr Lohn bekommen und nicht mit der Zeit verhungern müssen. Dabei vergaß aber der gute Mann auch zu erzählen, daß es seine Freunde waren, welche Hand in Hand mit den ostelbischen Junkern alle notwendigen Lebensmittel so enorm verteuerten und dadurch die große Notlage auch der Forchheimer Kollegen mit verschuldeten. Aber das sollten diese Leute auch gar nicht erfahren und deshalb die Furcht vor unserer Versammlung, trotzdem die Mitglieder des Kutschervereins zum größten Teil erklärten, unserem Verband beizutreten und uns ersuchten, eine allgemeine Versammlung abzuhalten, lief am Tage vor der von uns anberaumten Versammlung ein Schreiben von Herrn Reuner, 2. Vorsitzender des Kutschervereins, ein, mit dem Ersuchen, wir möchten die Versammlung unterlassen. Dasselbe sei zwecklos, da schon sämtliche Kutscher dem christlichen Verbands beigetreten sind. Mit diesem Schwindel glaubte der gute Mann die Sache hintertreiben zu können.

Nun, daß die Forchheimer Kollegen zu unserer Organisation mehr Vertrauen haben, als zur christlichen, davon konnte sich ja Herr Striegel in unserer Versammlung persönlich überzeugen. Trotzdem die Christlichen vor Beginn derselben eine rührige Agitation gegen uns entfaltet hatten, sie postierten sich nämlich am Eingang zum Lokal, verteilten dort die bekannnten Lügenflugblätter und machten noch jeden darauf aufmerksam, daß es seinem Herrn nicht recht sei, wenn er diese Versammlung besuche, gelang es ihnen nicht, ihren Zweck zu erreichen. Das geräumige Lokal war vollständig besetzt. Als sie dann sahen, daß alles nichts half, schloß man die letzte Öffnung auf Striegel, welcher telephonisch herbeigeholt wurde. Bis zum Eintreffen desselben ging es ruhig zu, so daß es dem Referenten möglich war, sich seiner Aufgabe glatt zu entledigen. Erst beim Eintreffen Striegels, und als dieser das Wort ergriff, wurde es ziemlich lebhaft, und als er dann mit den bekannnten alten Lügenblättern und Märchen, mit Religionslosigkeit und Sozialdemokratie operierte, da wurde die Stimmung manchmal direkt erregt, daß man beschrien mußte, es komme noch zu Täuschlichkeiten und es waren keine Schmeicheleiworte, welche dabei Herrn Striegel an den Kopf flogen, daß die Herren noch lange an diese Versammlung denken können. So haben sie sich die Sache jedenfalls nicht vorgestellt. Aber auch der Plan, die Versammlung durch die Diskussion möglichst in die Länge zu ziehen, um dadurch die Kollegen, welche zum Führen müssen, vor Schluß der Versammlung fortzubringen, damit sie keinen Aufnahmestchein ausfüllen, mißlang vollständig. Wir haben gleich im ersten Ansturm ein sehr zufriedenstellendes Resultat erzielt und wiederum Welche gelegt in eine der Hochburgen des Zentrums. Und wenn alle Kollegen ihre Schuldigkeit tun, ist es sehr bald möglich, eine stramme und kräftige Zahlstelle am hiesigen Ort zu erzielen.

Unter welcher traurigen Verhältnissen die Kollegen hier noch leben, davon für heute bloß einige Beispiele. Löhne von 14, 15 und 16 Mk. sind allgemein üblich, außerdem gibt es Kollegen, welche noch viel weniger verdienen und solche, welche — gar keinen Lohn erhalten. Letztere erhalten, wenn sie Reisende über Land fahren und oft wochenlang vom Hause fort sind, pro Tag 7 Mk. Dafür haben sie aber für das Futter der Pferde, ihre eigene Verköstigung, Quartier und sämtliche Reparaturen aufzukommen. Erhalten sie das Futter für die Tiere von zu Hause, so wird pro Tag 3 Mk., sage und schreibe drei Mark, für alle Ausgaben bezahlt. Aber noch besser haben es diese Kollegen, wenn sie zu Hause sind. Da erhalten sie pro Tag 1 Mk. Gehalt und das nur die älteren, die übrigen 60—70 Pf., außerdem noch ca. 1 Mk. Trinkgeld. Bei den sogenannten Doktorsfahrten werden 30—40, manchmal auch 50 Pf. bezahlt, bei einer Fahrt von früh 8 Uhr bis oft 3 bis 4 Uhr nachmittags. Davon soll der Kutscher den ganzen Tag leben. Bei Zeichenfahrten werden 20 Pf. vergütet. Der Unternehmer erhält 4 Mk. Dies für heute. Daß es bei einer solchen Bezahlung nicht möglich ist, sich satt zu essen, wird wohl jeder vernünftige Mensch einsehen. Kollegen, Ihr habt gezeigt, daß es Euch ernst ist mit

der Verbesserung Eurer elenden Lebenslage; jeder Mensch muß doch schließlich begreifen, daß man mit solchen Löhnen, die Euch geboten werden, nicht mehr durchkommen kann. Rafft Euch auf, so lange es noch Zeit ist und Sorge jeder dafür, alle Handels- und Transportarbeiter dorthin zu bringen, wohin sie gehören, in den Deutschen Transportarbeiter-Verband. Nur dann wird es Euch gelingen, die Fesseln der Sklaverei abzustreifen und ein freieres Leben zu führen.

Halle a. S. Unsere Generalversammlung am 16. Oktober war von zirka 200 Mitgliedern besucht. Der Geschäftsführer gab den Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal. Daraus ging hervor, daß außerordentlich erfolgreich gearbeitet wurde. Es wurden 4 Lohnbewegungen geführt und waren diese alle von Erfolg begleitet. Eine davon, bei Jesau, mußte allerdings durch Streik erkämpft werden. Beteiligt waren an diesen Bewegungen insgesamt 82 Mitglieder. Arbeitslos meldeten sich 84, krank 46 Mitglieder. Stellen wurden 9 gemeldet, 8 davon konnten besetzt werden. Mitglieder wurden zusammen 161 gewonnen, 66 mußten aus verschiedenen Gründen gestrichen werden. Somit verblieb ein Mehr von 95 und betrug die Mitgliederzahl am 1. Oktober 1070.

Wochenbeiträge wurden 12 952 umgesetzt, Streifondsbeiträge 1074. Die Gesamteinnahmen betragen inkl. Kassenbestand 7668,38 Mk.; die Gesamtausgaben stellten sich auf die Höhe von 5575,90 Mk., mithin beträgt der Ortskassenbestand am 1. Oktober 2092,48 Mark. Die Hauptkasse erhielt in Belegen und barem Gelde die Summe von 3692,35 Mk.

Für die streikenden Schweden wurden 178,50 Mk., für die Reichstagsersatzwahl 100 Mk. abgeführt. Der Kassenbericht lag gedruckt vor. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Kasse, Bücher und Belege und beantragten Entlastung des Kassierers. Dies geschah einstimmig. — Der weitere Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zu dem letzten Beschluß des Gewerkschaftskartells, betreffs Bewilligung einer Summe an die Brauer und Böttcher“, entfiel eine lebhafte Debatte. Das Resultat derselben war die Annahme nachstehender Resolution:

„Die heutige Generalversammlung nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von dem Beschluß des Kartells, wonach den Brauern und Böttchern eine Summe Geldes zur Verfügung gestellt wurde, um ihre 10 wegen des Bierboikotts entlassenen Mitglieder zu unterstützen. Die Versammlung ist der Meinung, daß es in diesem Falle einer Unterstützung seitens des Kartells in keiner Weise bedurft hätte. Konsequenterweise fordert aber nunmehr die Versammlung, den unsere Zahlstelle aus gleichem Anlaß zustehenden Anteil der Unterstützung in Höhe von 30 Mark. Diese 30 Mk. sind jedoch sofort den kämpfenden Schweden zu überweisen. — Weiter fordert die Versammlung, daß in Punkto Grenzstreitigkeiten zwischen uns und den Brauern endlich einmal seitens des Kartells ein gewichtiges Wort gesprochen wird, damit es uns ermöglicht wird, dauernd dem Kartell anzugehören. — Sollten unsere Wünsche wider Erwarten seitens des Kartells abgelehnt werden, so wird die Ortsverwaltung ermächtigt, weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen.“

Hierauf sprach der Vorsitzende über „Unsere nächsten Aufgaben“ und bezeichnete es als selbstverständlich, daß jedes Mitglied im neuen Quartal mitzuarbeiten habe, damit der Aufschwung der Zahlstelle Halle auch weiter anhält. Alles müsse auch daran gesetzt werden, daß bei den bevorstehenden Stadtverordneten- und Reichstagswahlen die organisierten Transportarbeiter ein groß Teil zu den erwünschten Siegen mit beitragen müßten. Eine Tellerfassung zugunsten des Wahlfonds ergab 15,15 Mk. Hierauf erfolgte Schluß der vom besten Geist befehlten Versammlung.

Hamburg. Verwaltung I. Generalversammlung am 12. Oktober im Gewerkschaftshaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das Abbleiben der Mitglieder Fr. Funke, C. Niehn, B. Schwarz, C. Köster, C. Schlotmann, E. Brodersen, Fr. Kugel, Th. Steffens und C. Scharnowski (letzterer Sekretär des Hafnarbeiterverbandes) bekannt gegeben, deren Andenten in üblicher Weise geehrt wurde. Den Geschäftsbericht gibt Kollege Gaack. Derselbe führte aus, daß das verlossene Quartal mit einem Defizit abschließt. Die Ursache liegt zunächst darin, daß wir für die durch die Bauarbeiterausperrung in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen einen Ortszuschuß und ferner für die ausgesperrten Arbeiter in Schweden Gelder aus der Ortskasse bewilligten. An der Aussperrung waren untererzählt 340 Kollegen beteiligt; diese rekrutierten sich größtenteils aus Kutschern, welche in Mitleidenschaft gezogen wurden. Neuaufnahmen hatten wir im dritten Quartal 523; unter jetziger Mitgliederbestand beträgt 8386, eine Zunahme von 179 Mitgliedern. Lohnbewegungen waren zwei zu verzeichnen (Gottsche u. Hennings; Machleb, Fensterreinigungsinstitut), welche beide für uns günstig abgeschlossen wurden. Die Sperre über das Journalisten-Geschäft von H. Jansen, Glodengießerwall, und über den Betrieb der Glaserinnung, letztere wegen Tarifbruchs, besteht nach wie vor weiter und werden die Kollegen ersucht, für strikte Durchführung Sorge zu tragen. Weiter hatte der Vorstand sich mit der Tarifkündigung der Kolporteurs beim „Hamburger Echo“ zu beschäftigen. Finanzielle Aufbesserungen konnten wir leider für die dort Beschäftigten nicht herausholen; wohl aber gelang es uns, daß der Arbeitsnachweis auch für Ausschäftsstellen anerkannt wurde. Es werden von jetzt ab sämtliche feste sowie Ausschäftsstellen durch unsern Arbeitsnachweis vermittelt. Ferner Schweden noch Tarifabschlüsse für die in Genossenschaften angestellten Kollegen und Kolleginnen. Abschluß ist zunächst mit einzelnen Verbesserungen bisher nur in der „Produktion“ erfolgt. Versammlungen fanden im ver-

loffenen Quartal 30 statt, hiervon sieben öffentliche des ferneren 15 Orts- sowie zwei erweiterte Ortsverwaltungssitzungen, die sich mit geschäftlichen, organisatorischen sowie agitatorischen Fragen beschäftigten. Der Arbeitsnachweis gibt folgendes Bild: Arbeitslos meldeten sich 787 Kollegen. Stellen für fest wurden 117 gemeldet, hiervon besetzt 95; zur Ausfülle 1561 gemeldet, hiervon besetzt 1547. Im Interesse des Verbandes sowie im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, freigeordnete Stellen sofort unserm Arbeitsnachweis zu übermitteln. Die Korrespondenz betrug an Eingängen 854, dagegen an Ausgängen 2218. Durch die eigentümliche Agitationsweise des Fabrikarbeiterverbandes war es notwendig geworden, verschiedene Branchenbildungen vorzunehmen; speziell trifft dieses für die Kollegen zu, welche auf Holzlagern beschäftigt sind, indem diese vom Fabrikarbeiterverband reklamiert wurden, da diese Organisation sich für zuständig erklärte, was jedoch nach Ansicht unserer Mitglieder nicht zutreffend ist, indem die dort beschäftigten Kollegen doch nur Lagerarbeiten verrichten. Eine diesbezügliche Entscheidung wird seitens der Generalkommission, welcher dementsprechendes Material überwiesen wurde, in kurzer Zeit gefällt werden. Ferner war eine Differenz mit dem Brauereiarbeiterverband zu verzeichnen, indem derselbe einen in der Hellbrooker Brauerei beschäftigten Kollegen, welcher als Kutscher angenommen und beschäftigt wurde, ausforderte, in den Brauereiarbeiterverband überzutreten, widrigenfalls die dort beschäftigten Brauer und die Brauereihilfsarbeiter die Arbeit einstellen und somit die Entlassung des Kollegen G. erzwingen würden. Wir sowie die Geschäftsleitung der Hellbrooker Brauerei wandten uns beschwerdeführend an das Gewerkschaftskartell. Dies teilte uns mit, die Kommission des Hamburger Gewerkschaftskartells habe erst kürzlich in einer analogen Sache einen Schiedsspruch gefällt, wonach sich die Brauereiarbeiter aber nicht richten wollten, und es wird deshalb abgesehen, sich mit dieser Sache zu beschäftigen. Wir sowie das Kartell haben eine diesbezügliche Beschwerde der Generalkommission überwiefen. Den Kassenbericht gibt Kollege Thormann. Danach betrug die Einnahme 48 198 Mk. 28 Pf., dagegen die Ausgabe 50 647,40 Mk.; Bestand vom zweiten Quartal 36 271,52 Mk., verbleibt somit ein Kassenbestand von 34 271,52 Mk. Nach einigen Erläuterungen zu dem Kassenbericht beantragt der Berichterstatter, für die ausgesperrten Arbeiter in Schweden weitere 1000 Mk. aus der Ortskasse zu bewilligen. Ferner ersucht derselbe, die Sammlungen intensiver zu betreiben, da wir als zweitgrößte Organisation hier am Platze auch die entsprechenden Gelder abzuführen haben. In der darauffolgenden Diskussion ist Kollege Cohn mit den Maßnahmen des Vorstandes einverstanden. Derselbe bedauert es lebhaft, daß unter den einzelnen Organisationen derartige Differenzen, wie z. B. die bestehenden zwischen den Fabrikarbeitern und unserer Organisation, zu verzeichnen sind. Ganz entschieden wäre das Vorgehen des Brauereiarbeiterverbandes gegen unsern Kollegen, den Kutscher G. in der Hellbrooker Brauerei betreffs der beantragten Entlassung oder den Uebertritt in ihre Organisation zu verurteilen, indem es als verwerflich zu betrachten sei, durch derartige Maßnahmen Ueberritte zu erzwingen. Es beteiligten sich an der Debatte die Kollegen Henneick, Bauh, Jakobson und Dichtmann im ergänzenden Sinne. Kollege Bauh nahm unter anderem Bezug auf das vom Fabrikarbeiterverband herausgegebene Flugblatt. Die zu treffenden Maßnahmen hierzu werden auf Vorschlag des Vorsitzenden der Ortsverwaltung überwiefen. Auf Antrag der Revisoren wurde, da Kasse und Bücher sich in bester Ordnung befunden haben, dem Kassierer Decharge erteilt. Der Antrag Thormann betreffs Ueberweisung von 1000 Mk. für die ausgesperrten Arbeiter in Schweden wurde einstimmig angenommen. Das von Seiten der Funktionäre ausgearbeitete Reglement wurde nach eingehender Begründung durch den Kollegen Gaack ebenfalls angenommen. Betreffs Vergütungen wird beschlossen, ein Sommer- und ein Wintervergnügen abzuhalten. Nach kurzer Diskussion wurde beschlossen, im nächsten Jahre eine Dampferfahrt zu veranstalten, und zwar nach dem Lokale des Herrn Steinhoff (Lübe). Alles Weitere wird dem Komitee überwiefen. Wegen Streikbruchs werden die Mitglieder J. Friese, C. Polte, S. Obendorf und C. Morgner ausgeschlossen. Unter „Allgemeines“ ersucht Kollege Bauh, dafür Sorge zu tragen, daß die Entlassener von den Abzahlungs-geschäften nach ihrer Organisationszugehörigkeit geprüft werden, da einzelne dieser betreffenden Vereine sich ganz entschieden weigern, sich zu organisieren, trotzdem dieselben die Gelder der Arbeiter gerne einlassen, um ihre entsprechenden Procente davon zu erhalten. Dörnchen macht bekannt, daß der Gastwirt Schmuhl, Beddel, Brückenstraße, wiederholt unsern Arbeitsnachweis bei Anstellung von Hausdienern vor der Tür nicht berücksichtigt hat. Wir ersucht die Kutscher, die Kontrolle bei den Wirten, wo Hausdiener vor der Tür beschäftigt werden, strenger vorzunehmen, da hier noch arge Mißstände zu verzeichnen sind. Eichenburg fragt an, wie es mit der Angelegenheit der Mitglieder des früheren „Klub der gemittelten Fruchtarbeiter“ steht. Gaack gab den Entschluß des Verbandsvorstandes bekannt, wonach die Mitglieder das betreffende Geld nach Abzug ihrer Unkosten an die Verbandskasse abzuliefern haben. Weder regt die Agitation an, welche unter Blockwagenkutschern in kurzer Zeit seitens der Leitung des Distrikt 10 unternommen wird, und ersucht die Kollegen Kutscher um diesbezügliche Unterstützung, um so mehr, da seitens des Arbeitgebers J. Pirte erklärt worden ist, daß in Altona demnächst Blockwagenkutscher mit Löhnen von 18 Mk. zu verzeichnen wären. Nachdem noch Hr. und J. Mißstände in den Betrieben vorgebracht hatten, erfolgte Schluß der Versammlung. Eine Tellerfassung für die ausgesperrten in Schweden ergab 31,50 Mk.

Hamburg III. Verein der Hausdiener, Kontorboten und Paaker. Generalversammlung am 6. Oktbr. im „Gewerkschaftshaus“. Zunächst wird das Andenken des verstorbenen Mitgliedes August Rebstock in üblicher Weise geehrt, und erhält dann Genosse Birger das Wort zu einem Referat über das Thema: „Von der Utopie zur Wissenschaft“. Zu dem beifällig aufgenommenen Vortrag gab Kollege Schmidt noch einige ergänzende Ausführungen. Alsdann erstattete Kollaud den Massenbericht vom 3. Quartal, dem folgende Zahlen zu entnehmen sind: Einnahme 4732,75 Mk., Ausgabe 5193,30 Mk., Mehrausgabe 460,55 Mk. Gesamteinnahmebestand am 30. September 1909 29 590,28 Mk. Die verschiedenen Unterstützungen beziffern sich auf ca. 1900 Mk.; in der Ausgabe sind ebenfalls enthalten die Abführung an die Hauptkasse mit 1311,70 Mk. Die Abrechnung vom Sommervermögen bei Eilbren, Wilhelmshagen, weist ein Defizit auf von 42,04 Mk. Den betreffenden Kassieren wurde einstimmig Decharge erteilt. Dem Bericht vom Arbeitsnachweis ist zu entnehmen, daß sich im verfloffenen Quartal 261 Kollegen arbeitslos meldeten. Von 290 vacant gemeldeten Stellen wurden 177 besetzt, außerdem 159 zur Ausschilfe. Die Löhne der besetzten Stellen schwanken zwischen 16 Mk. und 30 Mk. pro Woche. Am Quartalschluß waren noch 28 Arbeitslose eingezichnet. Zehn arbeitslose Mitglieder wurden für zusammen 104 Tage mit 119,10 Mk. aus der Verbandskasse unterstützt. Seitmann weist dann hin auf den Kampf der Partei gegen die Kinderarbeit; jeder Kollege solle der von dieser eingeleiteten Ausschlußkommission gegebenenfalls willig seine Hilfe anbieten lassen. Hierauf wird einstimmig dem Vorstand empfohlen, folgende frühere Mitglieder, die bei R. Sanben, Journalistenklub, als Streikbrecher arbeiten, auszuschließen. Es sind dies: Wilhelm Madaus, Wilhelm Meyer, Thomas Binter und Wilhelm Masch. Nach Erledigung einiger Internas erfolgte sodann Schluß der mäßig besuchten Versammlung.

Hiel. Generalversammlung am 14. Oktober. Den Geschäfts- und Massenbericht vom 3. Quartal erstattete Kollege Arnold. Die Gesamteinnahme betrug 12 987,11 Mk. Bemerkenswert ist, daß die Anzahl der verkauften Wochenbeiträge um 3 599 Marken gestiegen ist, ebenso stieg die Zahl der Extrabeiträge um 525. An Ausgaben waren zu verzeichnen bei der Ortskasse 4 667,10 Mk., bei der Hauptkasse 4 588,19 Mk. Der Bestand der Ortskasse erhöhte sich auf 9 770,45 Mk. An Versammlungen und Sitzungen wurden 72 abgehalten. An Wohnbewegungen und Differenzen waren im 3. Quartal 7 mit 302 Beteiligten zu verzeichnen. Bis auf einen Fall wurden alle übrigen zu Gunsten der Kollegen erledigt. Mit dem Verlag der „Volkszeitung“ wurde ein Tarif abgeschlossen, der den Zeitungsaussträgerinnen eine durchschnittliche Vorrangshöhe von 4,27 Mk. pro Monat bringt. Rechtsschutz wurde sieben Kollegen gewährt, darunter dem Kollegen Wagner, der in der bekannten Schmutzgerichtssitzung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden ist. Ferner wurde für ihn vom Verband eine Kautions von 500 Mk. gestellt, damit er aus der Untersuchungshaft herauskam. Unterstützung in besonderen Notfällen wurde in 18 Fällen gewährt. Im Verlaufe der Versammlung wurde einstimmig beschlossen, die Mitglieder Matth. Jodehl, Carl Rhode, Otto Gericke und Herrn Stegen wegen Boykotts bzw. Streikbruchs aus dem Verbands auszuschließen.

München. Die Ortsverwaltung I hielt am Sonntag, den 10. Oktober, nachmittags, im Restaurant Müllerbad, ihre Generalversammlung für das 3. Quartal 1909. Kollege Eisenberger erstattete den Massenbericht, dem zu entnehmen war, daß sich die Einnahmen der Ortsverwaltung im verfloffenen Quartal auf 26 029,38 Mk. beliefen. Bezüglich der Unterstützung ihrer Mitglieder hat die Organisation auch in diesem Quartal beachtliches geleistet. Es wurden verausgabt: Für Streikunterstützung 14 672,10 Mk., Gemäßregelunterstützung 2615,50 Mk., Krankenunterstützung 1283,50 Mk., Arbeitslosenunterstützung 387,50 Mk., für Rechtsschutz und andere Unterstützungen 1404,80 Mk. Insgesamt wurde also für Unterstützungszwecke im 3. Quartal die Summe von 20 363,40 Mk. verausgabt. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des 3. Quartals 3689. Kollege Eisenberger schloß seinen Bericht mit einem Appell an die Versammelten, mit erneutem Eifer an dem Aufbau der Organisation zu arbeiten, damit diese in die Lage versetzt wird, noch tatkräftiger für ihre Angehörigen wirken zu können. Der Bericht der Revisoren bestätigte, daß Kasse und Bücher in bester Ordnung befunden wurden. Nach kurzer Diskussion wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. An Stelle zweier ausgeschiedener Ortsverwaltungsbeisitzer wurden die Kollegen Angerer und Faltermeyer gewählt. Auf Antrag der Ortsverwaltung wurden 13 ehemalige Kollegen, die sich zu unruhigen Werkszeugen des Streikbruchs hergegeben haben, einstimmig aus der Organisation ausgeschlossen. Nachdem noch auf den Schnapsboykottbeschlus des Leipziger Parteitages hingewiesen worden und die Kollegen ersucht worden waren, diesem strikte Folge zu leisten, schloß Kollege Gichner mit der Aufforderung, auch für die Ausbreitung der Münchener Post zu sorgen, die schon verlaufene und gutbesuchte Versammlung.

Nürnberg-Fürth. Die am 24. Oktober abgehaltene Mitgliederversammlung der vereinigten Zahlstelle, die sich eines sehr guten Besuchs erfreuen konnte, beschäftigte sich zunächst mit der Angliederung unseres Arbeitsnachweises an das hiesige städtische paritätische Arbeitsamt. Das einleitende Referat hierzu hielt Genosse Trehr, Magistratsrat, der sich als Kommissionsmitglied zur Besichtigung auswärtiger Arbeitsämter reiche Erfahrungen auf diesem Gebiete gesammelt hat. Er führte aus, daß durch stetige Anregungen der sozialdemokratischen Fraktion und Dank den Bemühungen des Herrn

atsassessor Dr. Fischer, als Referent in dieser Sache, es nunmehr gelang, den von früher her als „Streikbrecherbureau“ bekannten städtischen Arbeitsnachweis in ein paritätisches Arbeitsamt umzuwandeln und zwar soll daselbe nach dem Muster wie solche in Stuttgart und München bestehen, geleitet werden.

Kedner ersuchte deshalb, die heutige Versammlung wolle beschließen, nachdem sich auch der im vorigen Jahre in Hamburg tagende Gewerkschaftskongress für kommunale Arbeitsnachweise ausgesprochen hatte, unseren Arbeitsnachweis baldmöglichst, dem Beispiele anderer Korporationen folgend, dem hiesigen paritätischen Arbeitsamt anzugliedern.

Nachdem sich die Versammlung durch die Ausführungen des Referenten überzeugt hat, daß auf Grund der örtlichen Verhältnisse eine Angliederung im Interesse der Zahlstelle gelegen sein dürfte, wurde einstimmig beschlossen, den Anschluß ab 1. Januar 1910 zu vollziehen.

Hierauf gab der Bevollmächtigte den Tätigkeitsbericht für das 3. Quartal, wonach wir in 63 Versammlungen, Sitzungen und Besprechungen die Agitation betrieben und eine Aufnahme von 98 männlichen und 8 weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen haben. Differenzen waren in zwei Fällen mit den Unternehmern zu regeln und welche zur letztmaligen Verteidigung der betreffenden Kollegen führten.

Des Weiteren gab sodann der Kassierer den Massenbericht, wonach bei einer Einnahme von 15 945,34 Mk. infolge des Massenbestandes vom 2. Quartal mit 4952,54 Mk., gegenüber einer Ausgabe von 10 400 Mk. 87 Bfg. ein Massenbestand von 5544,47 Mk., das ist ein Mehr von 591,93 Mk. am Schluß des 3. Quartals verbleibt, welches erfreuliche Resultat besonders auf den guten Markenverkauf im 3. Quartal zurückzuführen ist.

Der Mitgliederbestand beträgt am Schluß des 3. Quartals 1593 männliche und 90 weibliche, gegenüber 1539 männlichen und 84 weiblichen vom zweiten Quartal, somit ein Mehr von 54 männlichen und 6 weiblichen Mitgliedern.

Nachdem seitens der Revisoren berichtet, daß Kasse und Bücher stets in bester Ordnung befunden, wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt und die Versammlung nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten geschlossen.

Rostock. Eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung tagte am 19. Oktober bei Zetler. Der Gauleiter sprach über: „Die Machtmittel des Proletariats.“ Kedner wies nach, daß das Proletariat, wollte es nicht verkommen, in den Klassenkampf hineingezogen werde. Eine ganze Reihe von Beispielen gab der Referent und schilderte dann die uns zur Verfügung stehenden Machtmittel. Er besprach die politischen Machtmittel, die gewerkschaftliche Organisation und die Organisation des Konsums und schloß mit der dringenden Aufforderung, für diese drei Machtmittel des Proletariats mit aller Energie zu agitieren. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Einstellung von Ausführe und Arbeitern beim hiesigen Konsumverein, sprach ebenfalls der Gauleiter. Kedner schilderte die Einstellung des Arbeiters Stühr, die unwahren Behauptungen desselben gegenüber seinem Zentralvorstand, die darin gipfelten, daß wir den Stühr unter allen Umständen in die Organisation hineinziehen wollen, wahr ist, daß wir ihn gar nicht haben wollen. Unser Schreiben an den Konsumverein war so abgefaßt, daß man uns unter allen Umständen hätte benachrichtigen müssen, weshalb die von uns zunächst vorgeschlagenen nicht berücksichtigt wurden. Wochenlang hat man uns überhaupt warten lassen mit der Namhaftmachung des Eingestellten und erst zweimalige Mahnung brachte ein Resultat. Eine lebhafteste Aussprache erfolgte. Einige Kedner schloß jedoch weit über das Ziel hinaus. Geharnischte Erwiderungen unseres Gauleiters und des Genossen Schmidt folgten. Beschlossen wurde, den Gauleiter zu beauftragen, beim Konsumverein anzufragen, weshalb unsere Kollegen Voll und Spillmann nicht berücksichtigt wurden. Festgelegt wurde, daß evtl. Bewerber für einen Posten im Konsumverein sich bei A. Voll, Neue Werkerstr. 3, oder beim Gauleiter Wagner, Hamburg 1, Wesenbinderhof 57, hinten, schriftlich melden sollen.

Allgemeines.

Ein christlicher Agitator am Pranger. Mehrfach wie in Solnhofen erlitten die christlichen Gewerkschaften in Badisch-Rheinfelden eine schwere Niederlage. Da es nun bei diesen Ausschweifungen einmal Mode ist, alle Niederlagen in einen großartigen Sieg umzu-
—
Wagen, so wurde dies beliebte Mittel auch von dem „Sekretär“ Engel in Straßburg angewendet, der für die Armenkasse in Badisch-Rheinfelden 200 Mk. aussetzte, weil die „Noten“ dem großherzoglichen Landeskommissar in Konstanz mehr galten als ihm. Diese christliche Schwinnbele wird nunmehr auch dem Fabrikinspektor zu dumm, welcher den Verhandlungen bei dem Streik der Munitionarbeiter beigezogen hatte und er erklärt in der Karlsruher „Badischen Landeszeitung“ folgende Erklärung:

„Der Bezirksleiter des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Deutschlands, Sekretariat Straßburg i. G., Herr Emil Engel, hat über die Beilegung des Ausstandes in Badisch-Rheinfelden Nachrichten veröffentlicht, die mit der objektiven Wahrheit in sehr offenem Widerspruch stehen und hat an seinen Behauptungen trotz der wiederholten amtlichen Richtigstellungen von Seiten des großherzogl. Landeskommissars für die Kreise Konstanz, Balingen und Waldshut, Herren Geheimen Oberregierungsrat Straub, in hartnäckiger Weise festgehalten.“

Dieses in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung einzig dastehende Verhalten läßt zwei Möglichkeiten zu: entweder spricht Herr Emil Engel mit dreister Stirn in bewusster Weise die Unwahrheit oder er leidet an schweren Gedächtnisstörungen und Zwangsvorstellungen.

Jedenfalls laun ich nach diesen und anderen mir bekannt gewordenen bedenklichen Gebarungen des Herrn Emil Engel ihn als einen verhandlungsfähigen Arbeitervertreter nicht mehr anerkennen und lehne für die Zukunft jeden dienstlichen Verkehr mit ihm ab.

Karlsruhe, 23. Oktober 1909.
Der Vorstand der großh. Fabrikinspektion:
Bittmann.

Vor einiger Zeit mußten sich die christlichen Gewerkschaften von dem Gewerbe-Inspektor Riel in Metz folgendes ins Stammbuch schreiben lassen:

„Die christlichen Gewerkschaften verfolgen in erster Linie Parteinteressen, betreiben systematische Verhöhnung der Arbeiter und setzen sich systematisch über Gesetz und Ordnung hinweg.“

Und nunmehr muß sich einer der lautesten Schreier unter den christlichen Gewerkschaftlern Ditzel fügen lassen. Die christliche Gewerkschaftspresse operiert hauptsächlich gegenwärtig mit dem blödsinnigen Geschwätz von der Kaukasusmoral der Sozialdemokraten. Was sagt sie zu den neuesten Leistungen ihres „Engels“?

Mitteilungen des Vorstandes.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 3, Absatz 7a, die nachstehend verzeichneten, sämtlich der Verwaltungsstelle München I angehörenden Mitglieder: Deininger, Johann, Spt.-Nr. 161 926, Hedl, Johann, Spt.-Nr. 165 004, Hertl, Josef, Spt.-Nr. 163 255, Kiefer, Wilhelm, Spt.-Nr. 162 376, Kolb, Georg, Spt.-Nr. 160 796, Meißner, Johann, Spt.-Nr. 162 459, Pflügl, Georg, Spt.-Nr. 163 065, Rehle, Michael, Spt.-Nr. 163 194, Spreitzer, Josef, Spt.-Nr. 163 322, Schadenfroth, Jakob, Spt.-Nr. 164 970, Schederer, Mathias, Spt.-Nr. 163 167, Schibelberger, Seb., Spt.-Nr. 162 143, Strigl, Josef Spt.-Nr. 164 771.

Berlören resp. gestohlen wurden die Verbandsbücher nachstehend verzeichneter Mitglieder: Bezirk Groß-Berlin: Sektion 1: Gehre, Hermann, Spt.-Nr. 52 250, eingetreten am 9. März 1909; Meyer, Hermann, Spt.-Nr. 51 354, eingetreten am 29. November 1908. Sektion 2: Rehsfeldt, Max, Spt.-Nr. 9217, eingetreten am 13. Februar 1904; Weib, Anna, Spt.-Nr. 430 764, eingetreten am 7. Mai 1906. Sektion 4: Samann, Ernst, Spt.-Nr. 42 255, eingetreten am 17. November 1906. Hamburg III: Müller, Adolf, Spt.-Nr. 128 821. Leipzig: Haase, Paul, Spt.-Nr. 94 427, eingetreten am 27. April 1907 in Leipzig.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie abzunehmen und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelber sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Paßler, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Die ordentliche

General-Versammlung

der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker zu Berlin

findet statt am Freitag, den 12. November d. J., abends 8 1/2 Uhr, in Meyers Festsaal, (früher Franke), Sebastastr. 39.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Geschäftsführers Herrn Albert Kohn über: „Stellungnahme zu den neueren Bestrebungen der Haus- und Grundbesitzer-Vereine.“
2. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung für 1909.
3. Verschiedene Mitteilungen.
4. Wahl von
 - a) 4 Vorstandsmitgliedern aus den Reihen der Arbeitnehmer bis Ende 1912;
 - b) 2 Vorstandsmitgliedern aus den Reihen der Arbeitgeber bis Ende 1912.

Der Vorstand.

R. Nürnberg, Vorsitzender. Jonas Stahl, Schriftführer.

Minden.

Unser Verkehrslokal ist jetzt das Kolosseum, Hermannstraße.

Die Ortsverwaltung.

Verantwortl. Redakteur: Carl Brüsche, Kummelsburg. Verlag der Buchhdlg. „Courier“, O. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalbertstr. 37.